Nr. 39 — Jahrgang 17 Einzelnummer 0,20 Zl. Mittwoch, den 18. Februar 1931

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 28. 2. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Die Regierungsbildung in Spanien

Ein konstitutionalistisches Kabinett — Sozialisten und Republikaner lehnen ab — Sanchez Guerras mit der Regierungsbildung betraut — Die Abdankung König Alfonsos gefordert

König Alfons kapituliert!

Der spanische Gärungsprozeß scheint seine Früchte zu zeitigen. Die Auswirkungen der südamerikanischen Revolutionen machen sich auch in Spanien geltend. Vergeblich hat König Alfons versucht, durch ein Generalskabinett die Situation zu retten und der Diktatur Primo de Riveras eine solche Berenguers folgen zu lassen. Streiks aller Berufszweige, einschl. der Studenten und der Intelligenz, haben immer wieder bewiesen, daß die Zeit der Monarchie abgelaufen ist. Und auch die neuen Versuche sind nichts anderes, als Todeszuckungen der Königsherrlichkeit Alfonsos von Spanien. Selbst, wenn die Kabinettsbildung bis zu den Sozialisten gelingen sollte, so wird der Kampf weitergehen, dessen Ziel die Republik ist und auch diese wird sich vor Tatsachen gestellt sehen, die man nicht mit Kompromißpflästerchen beseitigen kann. Die Agrarnot breiter Bauernschichten steht zur Lösung und das Bürgertum wird nicht genügend Mut aufbringen, um diese Frage befriedigend aufzurollen. Die Arbeiterschaft wird ihre Forderungen anmelden und diejenigen, die heute ihre sozialistische Vertretung in das Kabinett der nationalen Konzentration einbeziehen wollen, werden morgen Gegner dieser Sozialisten sein, weil diese nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern in erster Linie die Republik festigen, was eine Enteignung der Dynastie Spaniens bedeutet. Vor diesem Schritt werden auch die Republikaner und Konservativen zurückschrecken; denn ihre geheime Sehnsucht ist doch die Erhaltung des morschen Königsthrones.

Die Entwicklung in Spanien zur Republik nimmt ihren Lauf. Zu vorzeitig hat sich der selbstherrliche Monarch gefreut, daß es ihm gelungen ist, die Revolution niederzuringen, als der, von dem Flieger Franko vorbereitete Umsturz, vereitelt wurde, weil die Sozialisten dem Bürgertum nicht trauten und innerhalb des Militärs eine Verwirrung angerichtet wurde. Berenguer erkannte wohl die Gefahr und riet dem König, jetzt mit den Reformen nicht zu warten, sondern Wahlen zur Cortes auszuschreiben. Der König folgte diesem Wunsch, aber mit einem Verwaltungsapparat der Diktatur, die Wahlen, wie anderwärts, machen sollte. Nichts natürlicher, als daß die Sozialisten und nachträglich die Liberalen und Republikaner, diese Wahlen boykottierten, von solchen Corteswahlen, die bereits am 1. März stattfinden sollten, nichts wissen wollten. Diese Wahlsabotage gab dem General Berenguer Veranlassung, um das Land in Ruhe zu bringen, mit seinem Kabinett zu demissionieren und den König vor vollendete Tatsachen zu stellen. So entschloß sich schließlich König Alfons doch, das Diktaturregime zu liquidieren, indem er sich zunächst an den Republikaner Santiago Albas in Paris wandte und diesen mit der Kabinettsbildung beauftragen wollte. Albas lehnte ab und verwies auf die Kräfte im Lande selbst, und nunmehr bildet Sanches Guerra ein Konzentrationskabinett, welches die Wahlen durchführen soll. Soweit jetzt zu übersehen ist, gehen die Bemühungen dahin, auch die Sozialisten in diese nationale Regierung einzubeziehen. Nach der Stellung der Sozialisten in Spanien erscheint es uns ausgeschlossen, daß diese in eine Regierung mit den Konservativen eintreten werden, wohl aber abwarten, welche Schritte die Regierung unternehmen wird, um ordnungsgemäße Wahlen durchzuführen.

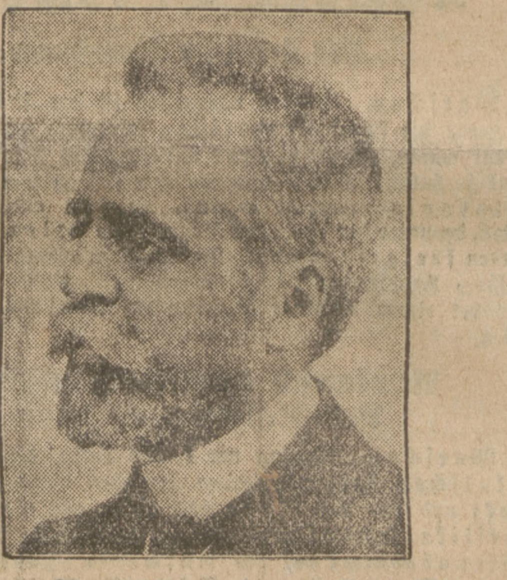
Es wird ein ausgesprochenes Wahlkabinett sein, aber die Wahlen selbst dürften noch einige Zeit auf sich warten lassen, da man zunächst Gemeindewahlen, dann Provinzialwahlen und dann erst Wahlen zur verfassungsgebenden Cortes, Nationalversammlung, durchführen wird, um der Volksstimmung Ausdruck zu geben. Und dann wird, wie wir schon oben ausgeführt haben, der Kampf um die Staatsform, Republik oder weiter Monarchie, entschieden werden. Das, was sich jetzt in Spanien vollzieht, sind die Todeszuckungen eines Despoten, der, gleich den zwei Balkankönigen, nach der revolutionären Welle von 1918 zurückgeblieben ist. Die Diktatur hat in Spanien das vollzogen, was der Krieg in den mitteleuropäischen Staaten gebracht hat. Und im Interesse der demokratischen Entwicklung ist der Sieg der Revolution in Spanien eine zwangsläufige Notwendigkeit, wir Sozialisten haben die Hoffnung, daß in Spanien die Arbeiterklasse, die Trägerin dieser demokratischen Entwicklung bleiben wird. Die Sozialisten haben dem Bürgertum bei dem Umsturzversuch Frankos bewiesen, daß es ohne die Arbeiterklasse nicht geht, ihre Zurückhaltung brachte die Pläne des Militärs zum Scheitern, aber auch die Verhinderung des Bürgerkrieges, der der damaligen Revolte folgen mußte. Heute gehen die Dinge zwangsläufig ihren Weg, der König hat keine Macht mehr, um sie gegen das Volk zu schicken, die Revolutionierung geht mit demokratischen Mitteln vor sich und wird auch ohne Bürgerkrieg ihr Ziel erreichen. Von der Kapitulation zur Abdankung Alfonsos von Spanien, ist nur ein kurzer Weg. Die Wahlen mit seiner Selbstherrlichkeit Schluß machen. Ein Despot weniger in Europa, der seine Herrlichkeit durch eine Generaldiktatur glaubte, erhalten zu können.

—ll.

Paris. Nach einer Meldung der „Information" aus Madrid ist man dort in politischen Kreisen der Meinung, daß das Kabinett Sanchez Guerra ausschließlich aus Vertretern der konstitutionalistischen Richtung ohne Beteiligung der Demokratn und Liberalen gebildet werden wird. Der König hat Sanchez Guerra mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

Sanchez Guerras Bemühungen

Madrid. Als Sanchez Guerras um 3,30 Uhr nachmittags sein Haus verließ, erklärte er Zeitungsvertretern, er begebe sich ins Gefängnis, um die politischen Gefangenen zu besuchen.



Mit der Neubildung der spanischen Regierung beauftragt

wurde der frühere Ministerpräsident Sanchez Guerra, der wahrscheinlich ein rein konstitutionalistisches Kabinett zusammenzubringen versuchen wird.

Seiner Meinung nach müßten Republikaner und Sozialisten in die Regierung aufgenommen werden. Er habe den Auftrag des Königs nicht abgelehnt, weil er der Auffassung sei, daß ein vollkommen konstitutionalistisches Programm verwirklicht werden müsse. Nur so könne man der äußerst schwierigen Lage Herr werden, in der sich das Land gegenwärtig befinde. Er rechne auf die Unterstützung aller Konstitutionalisten und hoffe, ein Kabinett bilden zu können, in dem alle Schattierungen der öffentlichen Meinung, darunter auch die Sozialisten, vertreten sein werden, obwohl dies schwierig sei. — Sanchez Guerras beabsichtigt, heute noch Bergamin, Romenones und Alhucenas Besuche abzustatten.

Sanchez Guerra soll Alcala Zamora und Prof. Maranon Portefeuilles in seinem Kabinett angeboten haben.

Nach den letzten Meldungen scheinen die Sozialisten Sanchez Guerras nicht unterstützen zu wollen. Sollte dies zutreffen, so wäre es nicht unwahrscheinlich, daß Melquiades Alvarez mit der Bildung des Kabinetts beauftragt würde, der dann vielleicht auf die Mitarbeit der Sozialisten rechnen könnte.

Burgos Mazo erklärte Journalisten nach der Besprechung mit Sanchez Guerra, er habe diesem seine Mitarbeit bedingungslos angeboten. Er wisse nicht, ob die Sozialisten und Republikaner dem neuen Kabinett angehören würden. Persönlich sei er für eine solche Mitarbeit, denn die Wahlen in den Gemeinden, zu den Generalräten und zum Parlament müßten so aufrichtig wie nur möglich sein.

Auf Fragen von Zeitungsvertretern erklärte Villanueva, ebenso wie 1918 müßte eine Amnestie bewilligt werden. Auf eine Frage hinsichtlich der Lage, in der sich der König befinde, erwiderte Villanueva, die Lage sei die gleiche wie beim Zusammentritt der konstituierenden Cortes im Jahre 1854 z. Z. Isabellas II. Die verfassungsgebenden Cortes könnten in spätestens 4 Monaten einberufen werden. Diese Zeit würde ausreichen für Gemeinde-, Generalrat- und Parlamentswahlen, die unverzüglich stattfinden müßten.

Die Sozialisten gegen eine Regierungsteilnahme

Die Ansicht der politischen Gefangenen in Spanien.

Paris. Der im Madrider Gefängnis sitzende Alcala Zamora hat, nach einer Meldung aus Madrid, die Meinung der politischen Gefangenen in einer Art offiziöser Note zur Kenntnis gebracht. In dieser Note heißt es, daß der Rahmen, in dem das neue Ministerium gebildet werde, als die erste Etappe des Sieges zu betrachten sei, den der Dezember-Aufstand angebahnt habe. Die Republikaner und die Sozialisten würden unauflöslich verbunden bleiben, aber nicht in die Regierung eintreten. Sie würden außerhalb der Regierung für den sicheren Weg der Revolution handeln.

*

Paris. Ein Sonderberichterstatter des „Journal" hat in Madrid den im Gefängnis befindlichen Führer Zamora interviewt. Er fragte Zamora, was er über den Vorschlag Cambos, eine Linksregierung zu bilden, denke. Zamora antwortete, eine Linksregierung unter Alfons dem Dreizehnten wäre eine Maskerade. Wenn man ein Kabinett der nationalen Einigung in Spanien zu bilden versuchen würde, würde er sich weigern, sich ihm anzuschließen. Der König, so schloß Zamora, wolle eine Krise, bei der es sich um die Staatsform handele, wie eine einfache Regierungskrise lösen.

Die Kundgebungen in Madrid

Paris. Ueber die gestrigen bereits kurz gemeldeten Zwischenfälle in Madrid berichtet „Journal", daß es zu einer lebhaften Kundgebung linkseingestellter Elemente gekommen sei, als ein Automobil durch die Straßen fuhr, in dem die Witwe des wegen Teilnahme an dem Aufstandsversuch in Jaca erschossenen Hauptmanns Garcia Hernandez saß. Bei dieser Gelegenheit habe die Menge gerufen: „Nieder mit der Monarchie, Tod dem König! Es lebe die Republik!" Ein mit Polizei besetzter Autobus wurde von der Menge mit Steinen beworfen. Bei dem dann folgenden Zusammenstoß wurden drei Personen verletzt.

Lockerung der Diktatur in Portugal?

Paris. Wie aus Lissabon gemeldet wird, soll in der ersten Märzhälfte dort eine große Versammlung von Vertretern der von der jetzigen Regierung geschaffenen Nationalpartei abgehalten werden, in der ein Meinungsaustausch über die politische Orientierung der Regierung vorgenommen und von dem neuen Verwaltungsgesetz Kenntnis genommen werden soll. Nach dem Verwaltungsgesetz werde die Regierung ein Wahlgesetz ausarbeiten, damit in diesem Jahre die Wahl der Verwaltungskörperschaften vorgenommen und damit die Rückkehr zu normalen verfassungsmäßigen Zuständen eingeleitet werden könne.

Drummond aus Südamerika zurück

Rom. Sir Eric Drummond, der Generalsekretär des Völkerbundes, der den Völkerbundsrat bei der Hundertjahrfeier der Unabhängigkeit von Uruguay vertreten hatte und bei dieser Gelegenheit Brasilien, Argentinien, Chile, Peru, Panama und Kuba besucht hat, ist von seiner Reise zurückgekehrt und in Genua an Land gegangen, um nach Genf weiterzufahren. In einer Unterredung mit einem Vertreter der italienischen Presse auf der Durchreise in Neapel, äußerte Sir Eric Drummond seine Genugtuung über den ihm überall zuteil gewordenen Empfang. Er hoffe, daß es ihm gelungen sei, die zwischen Lateinamerika und dem Völkerbund bestehenden Bande zu festigen.

Um den Industriefrieden in England

Besprechungen Macdonald mit der Industrie — Ein Sieg des Arbeiterkabinetts — Eine Studien-Kommission für das Weltkohlenproblem

London. Der Premierminister hat den nationalen Verband der Arbeitgeberorganisation sowie den Generalrat des Gewerkschaftskongresses eingeladen, am kommenden Donnerstag mit ihm die allgemeine industrielle Lage vom Standpunkt der Aufrechterhaltung des industriellen Friedens zu besprechen.

Der Premierminister wird die beiden Organisationen getrennt empfangen.

Sieg der Regierung im Unterhaus

London. Das Unterhaus hat den konservativen Abänderungsantrag, wonach die Anleihe für die Arbeitslosenversicherung nur um 10 000 000 Pfund Sterling erhöht werden sollte, während die Regierung eine Erhöhung um 20 Millionen Pfund beantragt hatte, mit 251 gegen 220 Stimmen abgelehnt.

Der englische Bergwerksminister zum Weltkohlenproblem

London. Im Unterhaus wies ein Abgeordneter auf die Vorschläge hin, die von der nach Skandinavien entsandten Studienkommission für die Kohlenfrage nach ihrer Rückkehr formuliert worden sind. Der Abgeordnete richtete an den Bergwerksminister Shinwell die Frage, ob er durch diese Vorschläge sich zu irgendwelchen Schritten veranlaßt gesehen habe. Der Minister antwortete in bejahendem Sinne. Die Delegation habe einstimmig empfohlen, sich um die Klarstellung der Frage zu bemühen, ob eine internationale Marktvereinbarung für den Absatz von Kohle zustandezubringen sei. Infolgedessen habe er Gelegenheit genommen, die Frage mit Vertretern der polnischen und der deutschen Regierung zu erörtern. Beide Regierungen seien bereit, den Bergwerksbesitzern in ihren Ländern den Rat zu geben, sich zu Verhandlungen mit den englischen Zechenbesitzern bereit zu finden. Im Anschluß daran habe er selbst mit Vertretern der britischen Kohlenindustrie und des Kohlenexportes gesprochen. Er hoffe, von ihnen in kurzer Zeit zu hören, was nach ihrer Meinung nun unternommen werden müsse.

Wiederaufnahme der Arbeit in englischen Spinnereien

London. Fast in allen Baumwollspinnereien des Textilindustriegebietes ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Infolge der Wirtschaftskrise bleiben aber immer noch Tausende von Arbeitern arbeitslos. Die Wiederaufnahme der Arbeit ging in Ruhe vor sich.

Die Schupo greift durch

Sozialdemokratischer Abgeordnete und Stadtverordneter festgenommen.

Berlin. Im Verlaufe der Polizeimaßnahmen gegen die Demonstranten vor dem Excelsior-Kino in Neukölln, die gegen den Fridericus-Film protestierten, wurden, wie der „Abend" berichtet, der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Fechner und der sozialdemokratische Stadtverordnete Aschenbrenner festgenommen und nach der Abteilung 1 A gebracht. Dem Blatt zufolge sollen die beiden genannten Herren, die zufällig durch die Kaiser Friedrichstraße gekommen seien, trotz Vorzeigens ihrer Legitimation von Polizeibeamten nach dem zuständigen Revier gebracht und von dort ohne Rücksicht auf ihren Einspruch ins Polizeipräsidium eingeliefert worden sein. Dort sind beide sofort wieder entlassen worden.

Ministerwechsel in Belgrad

Belgrad. Der Bautenminister Trifunowitsch und die Minister ohne Portefeuille Franges und Dr. Schwegel haben dem König ihren Rücktritt angeboten, der angenommen wurde. Der König hat zum Bautenminister den Gehilfen des Außenministers, Dr. Kumanundu ernannt. Außerdem wurde der Justizminister Srskitsch zu dem dem Ministerpräsidenten zugeteilten Minister und zum Justizminster der Advokat aus Smederevo, Dr. Lotitsch, ernannt.

Italienischer Protest in Prag

Rom. Wie „Giornale d'Italia" meldet, ist der italienische Gesandte in Prag damit beauftragt worden, wegen der von einigen tschechoslowakischen Zeitungen veröffentlichten Tendenzmeldungen über die angebliche Anwesenheit von ungarischen Staatsangehörigen in der italienischen Luftwaffe bei der tschechoslowakischen Regierung Verwahrung einzulegen.



Die Königin von Jugoslawien an schwarzen Blattern erkrankt

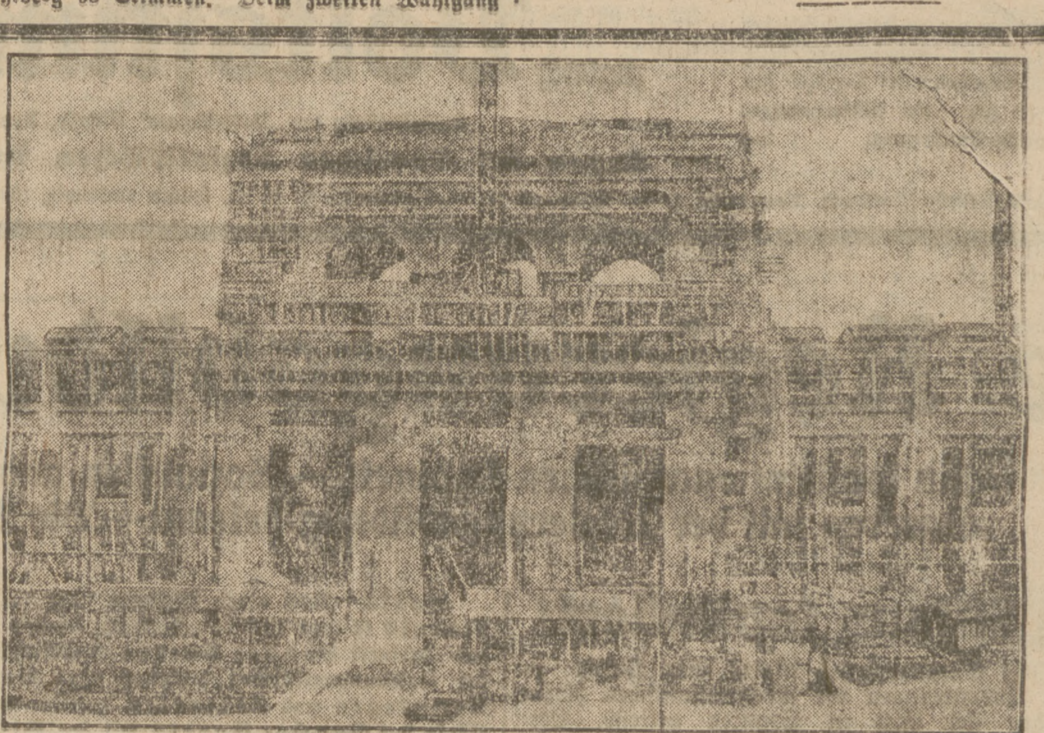
Königin Maria von Jugoslawien ist beim Besuch ihrer rumänischen Heimat an schwarzen Blattern erkrankt. Schade — sie galt als besonders schöne Frau!

Svinhufvud zum Präsidenten von Finnland gewählt

Helsingfors. Bei den Präsidentschaftswahlen ist Svinhufvud im dritten Wahlgang mit 151 von insgesamt 300 Wahlmännerstimmen zum Präsidenten gewählt worden. Für Stahlberg wurden 149 Stimmen abgegeben. Svinhufvud ist mit den Stimmen der Nationalen Sammlungspartei, der Schwedischen Partei, sowie der Landbündler der Rechten und des Zentrums zum Reichspräsidenten gewählt worden. Bei der ersten Abstimmung erhielten Tanner 90, Svinhufvud 88, Kallio 64 und Stahlberg 58 Stimmen. Beim zweiten Wahlgang entfielen auf Stahlberg 149, Svinhufvud 98 und Kallio 53 Stimmen. Die Wahlen gingen in voller Ruhe vor sich.

*

Helsingfors. Der Name des neuen Präsidenten Svinhufvud ist mit der Geschichte der Befreiung Finnlands aufs innigste verwachsen. Die Lauterkeit seiner Gesinnung wird auch von seinen politischen Gegnern voll anerkannt. Der neue Präsident ist ein guter Freund Deutschlands. Man erinnert sich an seine kühne Tat im Jahre 1918. Damals floh Svinhufvud als Arbeiter verkleidet mit wenigen gleichfalls verkleideten Begleitern auf einem Eisbrecher, dessen bolschewistische Besatzung auf hoher See überwältigt und in Eisen gelegt wurde, nachdem damals vom deutschen Truppen besetzten Reval, um zum deutschen Hauptquartier zu eilen. Dort erbat er für das durch Kommunisten schwer heimgesuchte Finnland deutsche Waffenhilfe. Präsident Svinhufvud hat also unmittelbar Anteil an der im Frühjahr 1918 dank deutsch-finnischer Waffenbrüderschaft erfolgten Befreiung Finnlands von der bolschewistischen Herrschaft.



Der Neubau des Bahnhofs von Mailand

der der größte des Kontinents sein wird und sich seiner Vollendung mit Riesenschritten nähert.

Kein Attentat auf Pilsudski

Das Urteil im Warschauer Sozialistenprozeß — Nur 2 Angeklagte verurteilt

Warschau. Montag nachmittag ist das Urteil im Prozeß gegen die fünf Sozialisten gesprochen worden, die angeklagt waren, ein Attentat auf Marschall Pilsudski geplant zu haben. Drei Hauptangeklagte sind zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, die zwei anderen Beschuldigten, darunter der ehemalige Abgeordnete Dziengielewski wurden freigesprochen. In der Begründung heißt es, daß strafbare Handlungen nicht nachgewiesen worden sind, wohl aber bei einem Teil der Angeklagten strafwürdige Absichten.

Austausch deutsch-polnischer Ratifikationsurkunden

Warschau. Montag um 4 Uhr nachmittags wurden im polnischen Außenministerium zwischen Außenminister Zaleski und dem deutschen Geschäftsträger von Rintelen die Ratifikationsurkunden des deutsch-polnischen Sparkassenabkommens, des Aufwertungsabkommens und des Vertrages über die Posener Pfandbriefanstalt ausgetauscht.

Die Wirtschaftspartei für das Volksbegehren

Berlin. Die Fraktion der Wirtschaftspartei des preußischen Landtages teilt ihre Zustimmung zu dem Volksbegehren des Stahlhelms mit. Sie trete für das Volksbegehren schon deshalb mit Nachdruck ein, weil sie als erste Fraktion des preußischen Landtages Anträge auf Auflösung des Landtages eingebracht habe. Die Partei stehe restlos hinter dem Volksbegehren.

Die Wahlreform im Reich

Berlin. In den Reichsratsausschüssen findet am Dienstag die zweite Lesung der Wahlreformvorlage statt. In der Vollsitzung am Donnerstag soll dann die Verbesserung der Wahlreform im Reichsrat erfolgen. Die Vorlage wird also voraussichtlich noch im Februar dem Reichstag zugehen. Wie das VDZ.-Büro erfährt, ist es aber wenig wahrscheinlich, daß der Reichstag die Wahlreform in nächster Zeit in Angriff nimmt. Er wird sich vielmehr darauf beschränken, die Vorlage dem Ausschuß zu überweisen, der dann im Herbst die Beratung beginnen könnte. Da der Reichstag bisher einen Ausschuß für Verfassungsfragen nicht besitzt, wird für die Wahlreform ein besonderer Ausschuß geschaffen werden.

Aufdeckung einer kommunistischen Geheimdruckerei in Riga

Riga. Die politische Polizei entdeckte in einer Rigaer Privatwohnung eine musterhaft eingerichtete kommunistische Geheimdruckerei „Spartakus", in der jahrelang nahezu alle in Lettland gedruckten kommunistischen Flugblätter, Broschüren usw. hergestellt worden sind. Neben dem technischen Personal der Druckerei wurden zwei Mitglieder des Zentralkomitees, der illegalen Kommunistischen Partei verhaftet, die seit dem Herbst als Hauptführer der gesamten kommunistischen Bewegung in Lettland tätig gewesen sind. Beide haben die Moskauer Propagandaschule absolviert und waren mit gefälschten, in Moskau hergestellten Pässen ausgestattet.

Amerika sorgt für die Kriegsteilnehmer

Große finanzielle Zugeständnisse des amerikanischen Abgeordnetenhauses an die Kriegsteilnehmer.

Neuyork. Trotz dringender Warnungen des Schatzsekretärs Mellon und zahlreicher hervorragender Wirtschaftsführer verabschiedete das Abgeordnetenhaus die Vorlage, die den Anleihewert der Versorgungsscheine für Kriegsteilnehmer von 22½ auf 50 v. H. erhöht. Aus dieser Maßnahme würde dem Schatzamt eine Mehrausgabe von 700 Millionen bis 1700 Millionen Dollar erwachsen. Die Vorlage bedarf noch der Zustimmung des Senats, der sich dem Vorgehen des Abgeordnetenhauses zweifellos anschließen dürfte. In Washington erwartet man, daß Präsident Hoover Einspruch erheben wird. Dieser Einspruch könnte durch eine Zweidrittelmehrheit des Kongresses unwirksam gemacht werden.

Die englischen Rüstungsausgaben von 1890—1930

London. Snowden teilte heute im Unterhause auf Anfrage mit, daß die Rüstungsausgaben im Jahre 1930 auf 110 764 205 Pfund veranschlagt werden. 1890/91 betrugen sie, wie Snowden zum Vergleich angab, 34 687 319, 1904/05 65 755 305, 1913/14 77 098 723, 1924/25 117 677 089 Pfund Sterling.

Schweres Schiffsunglück in China

100 Personen ertrunken.

New York. Associeted Preß meldet aus Kanton, daß ein mit 500 Personen besetzter Dampfer auf einen Felsen im Pearl River aufgelaufen und gesunken ist. Von den Passagieren, die soeben das chinesische Neujahr gefeiert hatten, sollen etwa 100 ertrunken sein. Nähere Nachrichten fehlen noch.



Auf der Berliner Internationalen Automobilausstellung

die am 19. Februar beginnt, wird dieser dreirädrige „Volkswagen der Zukunft" zu sehen sein; in seiner Karossierung einem großen Wagen möglichst angeglichen, hat er den Vorzug, im Betriebe sehr billig zu sein und ohne Führerschein gefahren werden zu können. Der Wagen hat einen 5,5-PS-Einzylindermotor mit Gebläsekühlung, Viergangetriebe, elektrischen Anlasser und Schwingachsen.

Polnisch-Schlesien

Fastnacht

Unter diesem Ausdruck kann man verstehen, was man will. Für die heutigen Verhältnisse paßt der Ausdruck „Fastnacht" sehr gut. 60 000 Industriearbeiter liegen auf der Straße und weitere 60 000 arbeiten drei Tage in der Woche und verdienen nur die Hälfte von dem was sie normal verdienen könnten. Diese Arbeiter haben mit wenigen Ausnahmen nicht nur eine „Fastnacht", aber auch den „Fasttag". Gefastet wird gegenwärtig in den Arbeiterkreisen mehr als man glaubt und das Bedauerliche an der Sache ist, daß mit dem Arbeiter auch seine ganze Familie, hauptsächlich die ganz unschuldigen Kinder fasten müssen. Was also „Fasttag" ist, das brauchen wir unseren Arbeitern erst gar nicht lange zu erklären, denn sie werden darüber von ihrem eigenen Magen belehrt.

Aber wir wollen hier nicht vom „Fasttag", sondern von der „Fastnacht" erzählen. „Fastnacht" ist ganz was anderes als „Fasttag", denn die Fastnacht bedeutet Schluß des Karnevals. Heute haben wir eben die „Fastnacht" und am heutigen Tage sind die größten Auslassungen zulässig. In manchen Städten werden heute, am letzten Karnevalstage, große Umzüge in Kostümen und Masken stattfinden und dabei viel Unfug getrieben, allerdings nicht von den Arbeitslosen, sondern von jenen, die aus dem Arbeitsertrag Anderer leben und noch ganz gut leben. Sie haben die ganze Karnevalszeit ganz gut und flott gelebt und sie werden es heute noch viel toller treiben, weil das so einmal Sitte ist. Aber auch in der Fastzeit werden die Besitzenden von ihrem flotten Leben nichts preisgeben wollen. Das bezieht sich nur auf die Besitzenden, denn die Industriearbeiter hatten nicht viel vom Karneval gehabt. Hie und da wurde zwar ein Maskenfest veranstaltet und es wurde getanzt und dem Kartoffelfusel zugesprochen, aber gegessen wurde wenig. Vor dem Kriege war das anders gewesen. Es wurde auch getanzt und getrunken, aber vor allem reichlich gegessen. Hauptsächlich Fleisch wurde viel gegessen, insbesondere in der Fastnacht, vor Aschermittwoch. Viele Arbeiter haben ein Schwein abgeschlachtet und man wollte vor Aschermittwoch möglichst viel davon aufessen, auf Vorrat für die Fastzeit. Am Sonntag begann gewöhnlich die Fleischfresserei, die bis Aschermittwoch andauerte.

In Zaborze (heute Hindenburg) lebte ein braver Kumpel, der die Fastnacht auf seine eigene Art verbringen mußte. Er hieß Kluczka, arbeitete auf der Luisengrube, verdiente ganz gut und schlachtete jedes Jahr ein Schweinchen. Bei ihm begann die Fastnacht jedes Jahr am Sonnabend nach der Schicht. Er wusch sich sauber, nahm reine Wäsche, zog seinen Sonntagsanzug an, verzehrte einen ordentlichen Patzen Schweinefleisch mit Kraut und Kartoffeln und zog dann in die Kneipe, die er erst am Dienstag in der Nacht verließ. Jeder wußte Bescheid, wo Kluczka in dieser Zeit zu suchen ist, seine Frau selbstverständlich auch. Er war nicht zu bewegen nach Hause zu gehen und seine Frau mußte ihm das Essen in die Kneipe bringen. Hier hat Kluczka gegessen und geschlafen und bezeichnete die ganze Zeit, von Sonnabend nachmittags bis Dienstag in die Nacht hinein, als „Fastnacht", die er auf solche originelle Art zubrachte. Dabei war Kluczka kein Trinker, d. h. kein Gewohnheitstrinker, obwohl er von Zeit zu Zeit recht gerne einen hob. So wie Kluczka haben auch noch andere Kumpels gelebt. Sie konnten sich das leisten, denn sie verdienten nicht schlecht und die Lebensmittel waren nicht teuer.

Das sind freilich dreißig Jahre her, als Kluczka seine „Fastnacht" gefeiert hat. Diese alte Gewohnheit besteht nicht mehr. Wir sind heute „rationalisiert" und zwar nicht nur bei der Arbeit, aber auch in unserem Privatleben und vor allem mit dem Gelde. Welcher Arbeiter kann heute ein Schwein schlachten, oder den ganzen Tag in der Kneipe sitzen? Geht der Arbeiter tatsächlich in die Kneipe und bleibt dort zwei Stunden sitzen, dann bleibt nichts mehr vom Lohne übrig und die Familie kann Steine beißen. Unter diesen Umständen ist an großes Fleischessen in der Fastnacht nicht mehr zu denken. Uebrigens wollen wir über großes Fleischessen nicht reden, denn es genügt für unsere Zeiten, wenn wir „Kleinfleischessen" hätten. Wir brauchen uns um die Fastzeit nicht viel zu kümmern. Unsere Fastzeit fällt nicht nach Aschermittwoch, denn wir haben sie nach jeder Arbeiterreduzierung. Mögen in der Fastzeit diejenigen fasten die sonst bei vollen Fleischtöpfen sitzen.

Der Lohnkampf im schlesischen Bergbau beendet

Im Dezember v. J. haben die Grubenbesitzer den Lohntarif im Bergbau gekündigt und wollten die Arbeiterlöhne um 10 bezw. 15 Prozent kürzen. Die Arbeiter haben sich diesem Ansinnen widersetzt und verlangten Lohnerhöhung. Die Lohnverhandlungen zwischen den Vertretern der Grubenbesitzer und der Arbeitergewerkschaften sind erfolglos geblieben. Die Lohnstreitfrage wurde an die Schlichtungskommission überwiesen und diese hat den Schiedsspruch am 31. Januar d. J. gefällt. Der Schlichtungsausschuß hat sich dahin ausgesprochen, daß weder Lohnkürzung noch Lohnerhöhung stattfindet und erklärte den alten Lohnvertrag für beide Teile bis zum 31. Januar 1932 für verbindlich. Der Berg- und Hüttenmann hat den Schiedsspruch angefochten, insbesondere wegen der Dauer des Lohnvertrages bis zum 31. Januar 1932. Die Lohnstreitfrage wurde daraufhin an die letzte Instanz, an das Ministerium für Arbeit und öffentliche Wohlfahrt, geleitet. Am Sonnabend hat das Ministerium darüber entschieden. Die Beschwerde der Kapitalisten wurde abgelehnt und der Schiedsspruch bestätigt. Damit ist der Lohnstreit im schlesischen Bergbau erledigt.

Trostlose Lage der Arbeiterschaft in dem Harriman-Konzern

Gestern nachmittags fanden beim Demobilmachungskommissar Maske, Verhandlungen wegen Arbeiterreduzierungen bei der Giesche-Spolka statt. Zuerst wurde über die Reduzierung der Arbeiter auf der Blei-Scharleygrube verhandelt. Hier waren früher 5000 Arbeiter beschäftigt. Gegenwärtig arbeiten nur 1800. Der Demobilmachungskommissar genehmigte nach Anhörung beider Parteien eine neuerliche Reduktion auf der Blei-Scharleygrube von 440 Mann. Am 1. April wird die Zinkhütte in Blei-Scharley eingestellt. Dort sind 417 Arbeiter beschäftigt. Vorläufig genehmigte der Demobilmachungskommissar eine Reduzierung von 39 Arbeitern. Die Elektrolitwerke bei der Andalusiengrube werden ebenfalls eingestellt und vorläufig die Genehmigung zur Reduzierung von 68 Arbeiter erteilt. Die Hugohütte in Burowietz wird am 1. April ebenfalls eingestellt und 700 Arbeiter gelangen zur Entlassung. Auf der Ferdinanggrube wollte die Verwaltung 138 Arbeiter reduzieren, der Demobilmachungskommissar genehmigte eine Reduktion von 90 Arbeitern. Weitere 5500 Arbeiter, die auf Carmer und Richthofen und den anderen Werken reduziert werden sollten, verbleiben in der Arbeit, dafür werden aber Feierschichten eingelegt. So haben die amerikanischen Kapitalisten die schlesischen Arbeiter beglückt. Sie haben viel versprochen und jetzt setzen sie die Arbeiter auf die Straße und schließen ihre Betriebe.

Oberschlesien als Absatzmarkt der Inlandindustrie

Das aufnahmefähigste Gebiet innerhalb der Zollgrenzen Polens ist zweifellos Oberschlesien mit seinen zahllosen Kohlen- und Erzgruben, Hütten und der Schwerindustrie, ein bedeutender Absatzmarkt für die inländische Industrie leider noch nicht in diesem Maß berücksichtigt, wie es die heutige Wirtschaftslage fordert. — Diese für das gesamte Wirtschaftsleben Polens ungünstige Tatsache betrifft auch die oberschlesische Industrie, welche ihren laufenden Bedarf zur Aufrechterhaltung der Betriebe, im Werte von mehreren Millionen Zloty zu einem ansehnlichen Teil im Ausland deckt. Dieser, daraus entstehende Nachteil für die Handelsbilanz, besonders aber für das Wirtschaftsleben selbst, muß mit Rücksicht auf die herrschende Arbeitslosigkeit sowie die andauernde Wirtschaftskrisis abgeschafft werden. Die Möglichkeit dafür ist vorhanden.

Die Verdrängung der meisten Auslandsprodukte aus Oberschlesien soweit diese durch qualitative Inlandswaren ersetzt werden können, ist ein Gebot der Stunde. — Die Industrie der Zentralen, östlichen und südlichen Wojewodschaften muß mit der oberschlesischen Industrie in eine viel engere Fühlung treten als es bisher der Fall war. Oberschlesien, der bisherige Rohstoffmarkt, muß auch als Absatzgebiet für die einheimische Mittel- und Kleinindustrie erschlossen werden.

Diese Aufgabe erfüllt restlos die von der „Schlesischen Gesellschaft für Ausstellungen und Wirtschaftspropaganda organisierte Kattowitzer Frühjahrsmesse".

Ehereform und die katholische Kirche

Der Papst über die Ehe und christliche Kindererziehung — Der Papst gegen die Zivilehe — Keine Ehescheidung, sondern nur eine Trennung von Tisch und Bett — Wahnsinn und lebenslängliche Zuchthausstrafe kein Ehescheidungsgrund — Geburtenregelung selbst dem Arzt verboten

Die Rundschreiben des Papstes befassen sich vorwiegend mit Fragen, die das Leben der großen Masse angehen. Vor einem Jahre war es das Rundschreiben über die

christliche Kindererziehung.

In diesem Jahre ist es ein Rundschreiben über die christliche Ehe

Ehefragen sind heute sehr brennend. Seit Jahren kämpft nicht nur die Sozialdemokratie, sondern jeder Einsichtige und Wirklichkeitsoffene um eine Reform, welche Gleichberechtigung der Ehegatten, erleichterte Lösung zerrütteter Ehen, bessere Rechtsstellung der unehelichen Kinder und vernünftige Regelung der Kinderfrage umfaßt. Zu allen diesen Dingen nimmt das päpstliche Rundschreiben Stellung.

In einem Rundschreiben spricht der Papst nach katholischer Auffassung als Vertreter des ihm von

Christus übertragenen Lehramts:

Er ist unfehlbar. Und jeder Katholik, der sich einer solchen päpstlichen Entscheidung nicht fügt, ist damit in offener Rebellion und also in kirchlichem Bann, der jederzeit an ihm vollstreckt werden kann. Darum sind die päpstlichen Rundschreiben, welche für die 325 Millionen Katholiken auf Erden überstaatliches Recht schaffen, wichtige politische Dokumente.

Was hat nun der Papst über die Ehe verfügt?

Sie ist für ihn eine unmittelbar von Gott mit der Schöpfung des Menschen geschaffene, von Christus als Sakramentsehe bestätigte und befestigte,

lebenslängliche Verbindung,

die einzige Verbindung, welche den Geschlechtsverkehr als Mittel der Kindererzeugung heiligt, und welche zu ihrer Gültigkeit der Bestätigung durch die Kirche bedarf. Damit sind einige sehr wichtige Dinge klargestellt:

1. **ohne kirchliche Eheschließung besteht überhaupt keine Ehe, sondern nur ein Konkubinat, das offene Todsünde ist und den Kindern keinerlei Rechte verleiht.**
2. **Zur Rechtsgültigkeit der Ehe ist dagegen keine Ziviltrauung notwendig. Dem Staate wird daher nahe gelegt, auf diese zu verzichten.**
3. **Jede Ehe ist unbedingt unlöslich. Nicht einmal Ehebruch gibt ein Recht zur Ehescheidung, viel weniger irgendein anderer. heute im bürgerlichen Recht anerkannter Grund wie Wahnsinn, Verbrechen, schwere Mißhandlung, böswilliges Verlassen.**

Die Möglichkeit einer Ehescheidung erkennt das Rundschreiben nur an bei „Naturehen", d. h. kirchlich nicht eingesegneten Ehen zwischen Ungetauften, und in Ausnamefällen bei Ehen, die noch nicht „vollzogen" sind, d. h. bei denen die geschlechtliche Vereinigung noch nicht stattgefunden hat. Bei einer „vollzogenen" Ehe ist überhaupt auch in den schwersten Fällen nur

Trennung von Tisch und Bett

möglich, wobei die Wiederheirat aber ausgeschlossen ist.

Eine Frau, die mit einem unheilbar Wahnsinnigen verheiratet ist oder mit einem zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilten,

oder mit einem Mann, der sie böswillig dauernd verlassen hat, bleibt also mit diesem unlösbar verbunden. Denn die Ehe ist ein Sakrament und deswegen unverletzlich, ebenso wie die Priesterweihe.

Der geschlechtliche Verkehr aber in der Ehe dient nur dem Zweck der Kinderzeugung. Deshalb lehnt das Rundschreiben ganz entschieden jeden Versuch einer Geburtenregelung ab. Es kennt nur zwei Möglichkeiten: **völlige Erhaltsamkeit beider Ehegatten oder Kinderzeugung bis zur Erschöpfung.** Da jeder Versuch einer Geburtenregelung als

Eingriff in Gottes Schöpferwillen

angesehen wird, ist noch schwerer als die Empfängnisverhütung natürlich die Abtreibung verdammt, die dem Rundschreiben

direkt als Mord

gilt. Und zwar geht dasselbe hier selbst über die reaktionärste medizinische Einstellung hinaus. Es verbietet nicht nur die soziale, sondern auch die medizinische Indikation. Mit anderen Worten, die Mutter soll gezwungen sein, zu gebären, nicht nur, wenn sie das Kind nicht ernähren kann, sondern auch, wenn bei der Geburt mit

Sicherheit zu erwarten ist, das Kind oder Mutter oder beide zu Grunde gehen. Ja selbst, wenn in der Geburt selbst sich herausstellensollte, daß das Kind nicht zur Welt kommen kann, ohne die Mutter zu töten, ist der Eingriff untersagt.

Endlich hält das Rundschreiben fest an der Vorrechtsstellung des Mannes in der Ehe, im Einklang mit den Bibelstellen: „Er soll dein Herr sein", „Die Weiber seien untertan ihren Männern als den Herren. Denn der Mann ist des Weibes Haupt."

Zusamenfassend ist also zu sagen, daß das Rundschreiben nicht etwa den vorhandenen Rechtszustand, der mit der Wirklichkeit, der Sitte und öffentlichen Meinung so sehr in Widerspruch steht, erhalten will, sondern durchaus darüber zurückstrebt und ein Recht will, das jedes außereheliche Verhältnis ächtet, alle unehelichen Kinder völlig rechtlos macht, jede Trennung der Ehegatten auch in den schlimmsten Fällen ausschließt, und die Frau zwingt, zu gebären, selbst wenn dies

ihren sicheren Tod bedeutet

und die Kinder, die sie in die Welt setzt, degneriert und lebensuntauglich sind. Endlich setzt es in allen Ehefragen die Kirche als alleinigen Richter ein nach dem Grundsatze, daß in allen Fragen der Sitte der Kirche die Entscheidung vor dem Staate zusteht.

Wir dürfen nicht meinen, daß der Papst so wirklichkeitsfremd sei, anzunehmen, daß seine Forderungen sich verwirklichen lassen. Er, wie die ganze katholische Geistlichkeit weiß aus der Beichtstuhlpraxis genau, wie die Dinge liegen und erwartet natürlich nicht, daß außerehelicher Verkehr, Ehebruch, Empfängnisverhütung und Abtreibung durch das Rundschreiben aus der Welt geschafft oder nur vermindert werden. Das Rundschreiben hat einen anderen Zweck. Nicht nur diese Dinge, sondern alle im Rundschreiben Verpönten werden zu Sünden gestempelt, und damit erhält die Kirche eine ungeheure Macht. Das Rundschreiben sagt im Grunde nichts Neues. Es wiederholt alte Kirchenlehren. Aber die Kirche hat es stets verstanden, den Teil ihrer Lehren zurückzustellen und läßlich zu handhaben, der ihrer Autorität Schwierigkeiten schuf. Wenn sie solche Lehren hervorholt und einschärft, so geschieht es zu einem bestimmten Zweck. Dieser Zweck ist in diesem Falle ganz klar. Gegen all die Millionen Katholiken, die den Grundsätzen dieses Rundschreibens zuwiderleben, aber doch innerliche und in ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage von der Kirche irgendwie abhängen,

erhält die Geistlichkeit ein Mittel, ihre Autorität rücksichtslos durchzusetzen

und sie gefügig zu machen. Zugleich wird eine Parole ausgegeben, durch die jede, auch die allerbescheidenste Ehereform als

Scham- und Sittenlosigkeit verdammt

werden kann, eine Parole, die sich politisch auswirken muß gegen alle Parteien, die gleich der Sozialdemokratie auf eine ehrliche, menschliche und anständige Regelung dieser Dinge drängen.

Die Frauen sind es vor allem, die als Gattinnen und Mütter durch dieses Rundschreiben schwer betroffen werden. Sie sollten sich mit der katholischen Ehepolitik genau vertraut machen und sich darüber Rechenschaft geben, was für Sklavenrolle ihnen die Kirche im Eheleben zumutet.

Das Tichauer Bier und Eisenbahn-Vizedirektor Wonsik

Die „Polonia" hat in den letzten Tagen Spaß mit dem Eisenbahn-Vizedirektor Wonsik. Jeden Tag bringt sie über ihn einen Artikel. Vorgestern hieß es, daß die Eisenbahner Geldwechselgeschäfte machen und Herr Wonsik sollte auch dabei gewesen sein. Eine Berichtigung hat Herr Wonsik der „Polonia" nicht geschickt. Die heutige „Polonia" bringt wieder einen Artikel über Herrn Wonsik, in welchem Biergeschäfte besprochen werden. Es handelte sich um Bierlieferung für die Bahnhofsgastwirtschaften. Die Brauerei in Tichau lieferte das Bier über dem Kopf des Bierverlegers Namyslowski, der unter Eid ausgesagt hat, daß sein Verdienst an den Vizedirektor Wonsik ausgezahlt wurde. Es handelte sich um einen Betrag von 6000 Zloty, der zwischen den beiden Herrn Wonsik und Grzesik verteilt werden sollte. Namyslowski hat den Herrn Grzesik zum Wonsik bestellt und letzterer händigte auch Herrn Grzesik die 3000 Zloty aus. Herr Grzesik hat aber das Geld nicht behalten, sondern zahlte es an Namyslowski aus. Herr Wonsik hat seinen Teil behalten, worüber sich Herr Grzesik aufgeregt hat. Die Sache ist bei Gericht anhängig, weil Namyslowski auf seinem Verdienst besteht.

Kattowitz und Umgebung

Die neuen Meldevorschriften.

In den nächsten Tagen werden sämtlichen Hausbesitzern bezw. den Häuserverwaltern Deklarationen zwecks Unterschrift zugestellt. Aus den gesammelten Reklamationen ersieht der Magistrat die Anzahl der meldepflichtigen Personen in den einzelnen Wohnhäusern. Sofern der Hausbesitzer nicht gewillt oder verhindert ist, diese, mit den neuen Meldebestimmungen zusammenhängenden Arbeiten auszuführen, wird es ihm anheimgestellt, eine andere, unbescholtene Person damit zu beauftragen. Diese beauftragte Person muß dann in der Deklaration namhaft genannt werden. Es ist allerdings zu erwähnen, daß in Zukunft die eigentlichen An- oder Abmeldebescheinigungen nur von dem Hausbesitzer oder dem von ihm gewählten Vertreter unterschrieben werden können.

Auf der Rückseite der zugestellten Deklarationen befindet sich ein Fragebogen, welcher auszufüllen ist. Auf Grund dieser Unterlage wird dann den Hausbesitzern bezw. dem Hausverwalte-

die entsprechende Anzahl von Formularen zugestellt. Auch gilt dieser ausgefüllte Fragebogen dem Magistrat weiterhin als Unterlage für die Anlegung der erforderlichen Meldebücher usw. Die korrekte und gewissenhafte Ausfüllung dieser Deklarationen bezw. Fragebogen wird daher den Hausbesitzern oder deren Beauftragten zur besonderen Pflicht gemacht, um eine glatte Erledigung von vornherein gewährleisten zu können. Die ausgefüllten Deklarationen hat der Hausbesitzer innerhalb 5 Tagen beim zuständigen Standesamt des Stadtbezirks wieder abzuliefern, woselbst das Meldebüro eingerichtet wird. Vor Ausfüllung der Deklaration empfiehlt es sich, die Strafbestimmungen zur Kenntnis zu nehmen, welche auf der Rückseite der Aufforderung zu finden sind. Dort findet man im Auszug zugleich auch die wichtigsten Vorschriften für die Hausbesitzer, welcher durch die neuen Meldebestimmungen auferlegt werden.

Der Magistrat scheint sich dessen vollauf bewußt zu sein, daß den Hausbesitzern schwere Pflichten auferlegt werden. Es wird behördlicherseits der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Hausbesitzer dieser Pflichten im eigensten Interesse (!), sowohl auch im Interesse der Stadt nachkommen werden. y.

Statistische Zahlen aus Groß-Kattowitz.

Der Magistrat in Kattowitz teilt mit, daß im Berichtsmonat Januar, innerhalb der Großstadt Kattowitz 131 006 Einwohner geführt wurden. Im gleichen Monat wurden 222 Lebend- und 6 Totgeburten registriert. Unter den Lebendgeburten befanden sich 111 Knaben und 111 Mädchen. Aus Kattowitz sind einschließlich der Kinder 780 Personen verzogen, dagegen 907 Personen nach Kattowitz. Im Vormonat wurden 63 neue Ehen geschlossen.

Bei der städtischen Badeanstalt in Kattowitz wurden im Vormonat 8 988 Badekarten eingelöst. Verabfolgt worden sind: 2 484 Brause-, 1161 Dampf-, 2555 Wannen- und 2788 Schwimmbäder.

Im Monat Januar sind der städtischen Sparkasse in Kattowitz weitere Spareinlagen im Betrage von 2 844 524 Zloty zugeflossen. Abgehoben wurden im Laufe des Monats Gelder im Betrage von 1 893 191 Zloty. Die Kapitalseinlage, welche am 1. Januar die Summe von 23 203 827 Zloty aufwies, erhöhte sich um die Summe von 951 332 Zloty. Die Gesamtkapitalseinlage wies Ende des Berichtsmonats 24 155 159 Zloty auf.

Insgesamt 20 neue Wohnungen wurden im Vormonat in Groß-Kattowitz fertiggestellt. Es handelte sich um 11 Einzimmer-Wohnungen ohne Küche, 4 Einzimmerwohnungen mit Küche, 3 Zweizimmer-Wohnungen mit Küche und 2 Fünfzimmer-Wohnungen mit Küche. Seitens der städtischen Baupolizei wurden 4 neue Genehmigungen für Neu- und Umbauten, erteilt.

Im städtischen Schlachthof wurden im Vormonat 15 870 Schlachttiere und zwar 738 Rinder, 14 398 Schweine, 470 Kälber, 183 Schafe, 9 Ziegen und 27 Pferde aufgetrieben und abgeschlachtet. Für den Inlandsverbrauch waren 9 831 Tiere, darunter 7 831 Schweine vorgesehen, während weitere 6 626 Schweine exportiert wurden. Die Preise betrugen pro Kilogramm Schlachtgewicht für Rinder 160 bis 230 Zloty, Schweine 170 bis 180 Zloty und Kälber 150 bis 230 Zloty. y.

Eltern, holet eure Kinder ab! Mittwoch, den 18. Februar, abends 7 Uhr, kehren diejenigen Kinder nach Kattowitz zurück, welche am 19. Januar im Auftrage des städtischen Wohlfahrtsamtes nach der Erholungsstätte Gorzytz verschickt worden sind. Die Eltern, bezw. Erziehungsberechtigten, werden ersucht, die Kinder pünktlich am Kattowitzer Bahnhof, 4. Klasse, abzuholen. y.

Bedauerlicher Unglücksfall. Beim Hantieren in der Küche ihrer Wohnung auf der ulica Zamkowa 14 glitt plötzlich die Ehefrau Klara Stollorz aus und erlitt durch den Aufprall einen Beinbruch. Mittels Sanitätsauto wurde die Verunglückte nach dem städtischen Spital überführt. y.

Zwei Autos prallen zusammen. Auf der ulica Gliwicka kam es am gestrigen Montag zwischen zwei Personenautos zu einem Zusammenprall. Beide Kraftwagen wurden leicht beschädigt. y.

Bei der „Arbeit" gestört. Zur Nachtzeit drangen zwei Einbrecher in die Büroräume der „Gornoslonska Wytwornia Chemiczna" ein und stahlen dort aus einer Geldkassette die Summe von 15 Zloty. Die Täter wurden bei ihrer nächtlichen „Arbeit" gestört, da sie am Tatort ein Paket, enthaltend Waren im Werte von 500 Zloty, zurückließen. Die Polizei nahm sofort die Verfolgung nach den Einbrechern auf und arretierte einen gewissen Karl Bednarczyk und Alfons Miller, aus Kattowitz. Die Beiden stehen in dem dringenden Verdacht, den fraglichen Einbruchsdiebstahl verübt zu haben. z.

Diebische „Elster". Die Anna Haiduk machte der Polizei darüber Mitteilung, daß sie von ihrem Dienstmädchen bestohlen worden ist. Gestohlen wurden eine goldene Uhr, 8 Wollkleider, 2 Damen-Handtäschchen, sowie ein Koffer mit Wäsche. Nach dem diebischen Dienstmädchen wird polizeilicherseits gefahndet. z.

Eichenau. (Das Gemeindebudget.) In der letzten Gemeindevertretersitzung wurden im Budget, welches sich auf 339 000 Zloty bezifferte, erhebliche Streichungen vorgenommen. Die Gemeindeverwaltungsausgaben wurden gegenüber 1930 um 9550 Zloty auf 91 565 Zloty herabgesetzt. Die allgemeinen Ausgaben für Unterhaltung des Gemeindevermögens betragen rund 8500 Zloty. Ausgaben für Gemeindeunternehmungen 10 200 (9 900); (in Klammern Ausgaben für 1930-31); Unterhaltung und Bau von Straßen 16 700 (48 500); Schulwesen 38 300 (42 000); Kunst und Kultur 1100 (1900); Hygienie 33 100 (33 700); Armenfürsorge 55 000 (52 300). Von letzterem Titel entfallen für monatliche Geldzuwendungen an Ortsarme, Arbeitslose usw. insgesamt 29 000 Zloty. Allgemeine Sicherheit 18 000 (22400), davon an die Ortsbeleuchtung allein 14 000 (16 000) und Ausgaben an die Feuerwehr 2600 (4700). Außerordentliche Ausgaben 40 000 (20 000), letztere 40 000 Zloty sind für den Ankauf eines Grundstücks an der katholischen Kirche bestimmt, um eine Parkanlage zu schaffen. Das Gesamtkommunalvermögen der Gemeinde beträgt 150 000 Zloty. Den Ausgaben stehen folgende Einnahmen gegenüber, die ebenfalls wesentlich niedriger sind im Gegensatz zum Vorjahr. Subventionen 18 000 (14 000), öffentliche Einrichtungen bringen 47 000 (46 000), Staatssteuern 96 000 (117 000), Zuschlag zur Staatssteuer 42 000 (60 000), Grubensteuer 27 000 (26 000), Gebäudesteuer 27 000 (26 000), Wertzuwachssteuer 6000 (9000), Schankkonzessionen 1000 (4500), Vergnügungssteuer 2000 (3000). Die Einnahmen aus der elektrischen Energie betragen 7500 (7600) Zloty. Nach zweistündiger Beratung kam das vorgenannte Budget zur endgültigen Unterzeichnung. Ein Antrag des Gemeindevorstandes, diesem die Ermächtigung zu geben, im Rahmen des Budgets bei den einzelnen Positionen Verschiebungen vornehmen zu können, wurde zurückgestellt. Eine Erhöhung des Wasserzinses scheint unerläßlich, da die Wasserhaltung, ganz entgegen anderen Gemeinden, mit Zuschuß arbeitet. Diese Angelegenheit, sowie die Heranziehung der Ortsarmen und Invaliden zur Deckung der Kanalisationsgebühren ist gleichfalls zurückgestellt worden. An Stelle des auf eigenen Wunsch ausgeschiedenen Gemeindevertreters Bentkowski wurde Herr Sodzawiczny (NPR.) neu eingeführt. Die Gebäudesteuer wurde mit 5 bezw. 6 Prozent festgesetzt und soll 27 000 Zloty einbringen. Einem Antrag der armen Bevölkerung an der Myslowitzerstraße um Erlaß der Bauplatz- und Gebäudesteuer wurde nachgegeben. Der Zuschlag zur Patent- und Alkoholsteuer sowie die Besteuerung der Bauplätze blieb unverändert wie im Vorjahr. Diverse Angelegenheiten füllten den Rest der Sitzung aus. —a.

Königshütte und Umgebung

Weitere Kündigungen in der Schwerindustrie. Infolge der abnehmenden Beschäftigungsweise in der Waggonfabrik der Werkstättenverwaltung wurden gestern seitens der Verwaltung 45 Mann die Kündigung zugestellt. Es handelt sich in der Hauptsache um Leute, die sich bei der Einstellung durch Unterschrift verpflichtet haben, nur solange beschäftigt zu werden, als die Arbeit ausreicht. Ferner wurden im Preßwerk weitere 14 Mann gekündigt, womit also der gesamten Belegschaft gekündigt worden ist. Der Betriebsrat hat sich an den Demobilmachungskommissar gewandt, welcher für den kommenden Sonnabend vormittag Verhandlungen zwischen der Verwaltung und dem Betriebsrat angesetzt hat. Die Verwaltung der Friedensgrube hat seitens des Demobilmachungskommissars die Genehmigung erhalten, 90 Mann der Belegschaft zu entlassen. In erster Linie sollen solche Arbeiter zur Entlassung kommen, die 55 Jahre alt sind und Knappschaftspension zu beanspruchen haben. Die Verwaltung gab als Entlassungsgrund Ueberproduktion an. Wie man hört, sollen im laufenden Jahre noch 1769 Arbeiter in den verschiedenen Betrieben der einzelnen Verwaltungen zur Entlassung kommen. Im vergangenem Jahre wurden laut einer Umfrage bei 15 Werken der Schwerindustrie und der Weiterverarbeitenden, mit einer Gesamtbelegschaft von 22 997 Mann, 2265 Personen entlassen. Hierbei sind die verschiedenen Unternehmern beschäftigten und zur Entlassung gekommenen Arbeiter nicht einbegriffen. m.

Der Arbeitsmarkt im Monat Januar. Im Arbeitsnachweis haben sich 5254 Einwohner der Stadt, darunter 4577 Männer und 677 Frauen um eine Beschäftigung beworben. Davon entfallen auf den Bergbau 738, Hüttenwesen 595, Metallhütten 585, Baugewerbe 489, Holzbranche 67, unqualifizierte Arbeiter 1833, Hauspersonal 224, Büroarbeiter 158, Techniker 42, andere Arbeiter 63, jugendliche Arbeiter 158, andere Berufe 292. An freien Stellen wurden 164 gemeldet. Aus der Arbeitslosenliste wurden 164 Personen gestrichen, so daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen 5090, darunter 4438 Männer und 652 Frauen betrug. m.

Wie wickelt sich der Besuch in den städtischen Schulen ab? Wohl keine Stadt der Wojewodschaft besitzt soviel Schulen, wie die Arbeiterstadt Königshütte. Neben den verschiedenen Gymnasiums, gewerblichen, kaufmännischen Fortbildungsschulen usw., sind in der Stadt 16 Volksschulen vorhanden. Die Unterhaltungskosten sind für die Stadt sehr beträchtliche, obwohl den Besuch zu einem beträchtlichen Prozentsatz auswärtige Schüler stellen. Eine am Jahresschluß bekanntgewordene Statistik gibt einen zahlenmäßigen Ueberblick über das Verhältnis des Besuches durch einheimische und auswärtige Schüler. An erster Stelle figuriert das Mädchengymnasium mit 536 Schülern, von denen 311 hiesige sind, und 250 in umliegenden Ortschaften und 10 in anderen Wojewodschaften wohnen. Im Handelsgymnasium sind von 89 Schülern nur 6 aus Königshütte, 38 kommen auf die nächste Umgegend und 37 aus anderen Wojewodschaften. Die Handelsschule hat 239 Schüler aufzuweisen, wovon 61 einheimische, 106 aus anderen Ortschaften und 72 aus anderen Wojewodschaften diese Unterrichtsanstalt besuchen. Die kaufmännische Fortbildungsschule mit 220 Schülern wird von 180 Königshüttern besucht, 40 Schüler stammen von auswärts. Die größte Schülerzahl hat die gewerbliche Fortbildungsschule aufzuweisen mit 1616 Schülern. Davon entfallen auf Königshütte 1368, auf andere Ortschaften 248 Schüler. Zusammenfassend, so werden die Königshütter Schulen von 646 Schülern aus den umliegenden Ortschaften und 119 aus anderen Wojewodschaften besucht. Die Unterhaltungskosten betragen 600000 Zloty und werden zum Teil durch die Wojewodschaft gedeckt. Die gewährten Subventionen entsprechen etwa dem Prozentsatz der auswärtigen Schüler. In einem besonderen Falle mußte die Stadt einen Nachtrag von 47 000 Zloty selbst tragen. Es handelt sich hierbei um Personalausgaben, die bei der Aufstellung des vorjährigen Haushaltungsplanes nicht vorgesehen waren und durch die nachträglichen Erhöhung der Besoldungsquoten des Lehrpersonals und durch Vergütung der Ueberstunden ein Kapitel für sich und wir werden noch ein anderes Mal darauf zurückkommen. Um die Stadt und die steuerzahlende Bevölkerung vor weiteren Belastungen zu schützen, haben sich die städtischen Körperschaften mit einer Eingabe an die Wojewodschaft gewandt um eine Erhöhung der Subventionen zu erhalten, weil die bisher gewährten in keinen Einklang mit den horrenden Ausgaben der Stadt zu bringen sind. Man hofft, daß mit Rücksicht auf die große Anzahl auswärtiger Schüler der naturgemäßen Forderung Rechnung getragen wird. m.

Krankenbewegung im städtischen Lazarett. Am 31. Dezember verblieben im städtischen Krankenhaus 168 Personen, 77 Männer und 91 Frauen. Im Laufe des Monats Januar kamen 121 Kranke neu hinzu und zwar 58 Männer und 34 Frauen. Als gesund entlassen wurden 43 Personen, 9 Männer und 34 Frauen, zur ambulatorischen Behandlung wurden 57 Kranke überwiesen. Gestorben sind 11 Personen, 8 Männer und 3 Frauen. Am 31. Januar war ein Krankenbestand von 167 Personen zu verzeichnen, darunter 79 Männer und 88 Frauen. m.

Interessante Zahlen. Aus dem Verwaltungsbericht der Stadt ist u. a. zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre in der Stadt 3 925 800 Kilowatt elektrische Energie verbraucht wurden, ferner 755 145 Kubikmeter Wasser. Im städtischen Schlachthof sind 91 086 Stück Vieh aller Art geschlachtet worden, im städtischen Pfandleihamt wurden 16 306 Pfänder in einer Summe von 329 564 Zloty entgegengenommen, ausgekauft worden sind 15 858 Pfänder im Werte von 323 536 Zloty. Die Einwohnerzahl der Stadt betrug am 31. Januar 1931 90 159. Ein Zuwachs von 389 Personen ist somit zu verzeichnen. m.

Wollen Sie kaufen oder verkaufen? Angebote und Interessenten verschafft Ihnen ein Inserat im „Volkswille"

Das Gesetz der Vier

The Law of the Four Just Men

Von Edgar Wallace.

Ins Deutsche übertragen von Ravi Ravendro.

39)

Sie sah ihn etwas erstaunt an.

„Ach ja," sagte sie zögernd, „aber ich —"

„Ich möchte eben eine Tasse Tee trinken, kommen Sie doch bitte mit", forderte Leon sie liebenswürdig auf.

Obgleich sie weder den Wunsch hatte, Tee zu trinken, noch sich mit ihm zu unterhalten, übte seine Persönlichkeit doch eine solche Anziehungskraft auf sie aus, daß sie die Einladung annahm. In demselben Augenblick unterhielt sich Mr. Lynne mit seinem dunkelhäutigen Angestellten.

„Fonso, sie ist wirklich eine ausgesuchte Schönheit." Dabei küßte der sonst so nüchterne und ruhige Mann ekstatisch die Spitzen seiner Finger.

Es war das drittemal, daß Leon Gonsalez das elegante Büro Mr. Homer Lynnes in der Panton Street besuchte.

Früher bestand einmal eine Organisation, die man ‚Die Vier Gerechten' nannte. Sie hatten sich zusammengefunden zu dem Zweck, Gerechtigkeit an denen auszuüben, die das Gesetz verschont oder übersehen hatte, und der Ruf ihrer kühnen Taten war in die ganze Welt gedrungen Einer von ihnen war allerdings schon gestorben, und von den dreien, die noch übrigblieben, hatte sich Poiccart, den man früher das Gehirn der vier nannte, zu einem stillen Leben nach Sevilla zurückgezogen. Vor kurzem hatte er einen Brief von einem Landsmann aus Rio de Janeiro erhalten, der allerdings nicht wußte, daß er zu den Vier Gerechten gehörte. Dieser schrieb ohne besondere Absicht, aber mit großer Erbitterung über gewisse Vorkommnisse. Poiccart wechselte verschiedene Briefe mit ihm und erfuhr dadurch, daß die meisten der hübschen jungen Engländerinnen, die in den obskuren Tanzhallen kleiner Städte aufgetaucht waren, durch die Agentur des ehrenwerten Mr. Lynne engagiert worden waren. Poiccart hatte seinen beiden Freunden in London darüber berichtet.

„O ja, es ist ein ausgezeichnetes Land", sagte Leon Gonsalez und rührte nachdenklich seinen Tee um. „Sie sind natürlich sehr zufrieden über Ihr Engagement?"

„Es ist einfach wundervoll. Denken Sie, ich werde wöchentlich zwölf Pfund erhalten, außerdem Wohnung und Essen. Ich kann fast das ganze Geld sparen."

„Wissen Sie eigentlich schon, wo Sie auftreten werden?"

„Ich kenne doch das Land nicht", antwortete sie lächelnd. „Es ist sehr beschämend für mich, aber ich kenne nicht eine einzige Stadt in Argentinien."

„Es gibt auch nur wenig Leute, die darüber Bescheid wissen. Aber Sie haben wahrscheinlich schon einmal etwas von Brasilien gehört?"

„O ja, das ist ein kleines Land in Südamerika. Das weiß ich." —

„Wo die Nüsse herkommen", scherzte Leon. „Nein, da irren Sie. Es ist kein kleines Land, es ist so breit wie von hier bis zur Mitte von Persien und so groß wie von Brighton bis zum Aequator. Haben Sie jetzt ungefähr einen Begriff von der Größe Brasiliens?"

Sie sah in staunend an.

Leon fuhr fort, ihr zu erzählen, aber er beschränkte sich auf Nachrichten über das Klima dieser Länder. Nicht ein einziges mal erwähnte er ihren Kontrakt. Die eigentliche Absicht seines Zusammenseins mit ihr kam ans Tageslicht — wenn sie auch nichts davon merkte — als er sich von ihr verabschiedete.

„Ich werde Ihnen ein Buch schicken, Miß Hacker, das Sie sicherlich interessieren wird, wenn Sie nach Argentinien gehen. Sie finden darin alle Informationen, die Sie brauchen."

„Das ist sehr liebenswürdig von Ihnen", sagte sie dankbar. „Darf ich Ihnen meine Adresse geben?"

Weiter wollte Leon nichts erreichen. Er steckte den kleinen Zettel, auf den sie geschrieben hatte, in seine Brieftasche, und sie trennten sich.

George Manfred, der sich einen kleinen Zweisitzer gekauft hatte, wartete vor der Nationalgalerie auf ihn, und sie fuhren nach Kensington Gardens. Die Restaurationsräume dort waren zu dieser Zeit wenig besucht. Sie ließen sich an einem einsamen Tisch nieder, und Leon erzählte von dem Erfolg seines Besuches.

„Es war außerordentlich günstig, daß ich eins seiner Opfer getroffen und kennengelernt habe."

„Hast du denn Lynne selbst gesehen?"

Leon nickte.

„Nachdem ich mich von dem Mädchen verabschiedet hatte, besuchte ich ihn noch. Es war recht schwer, an diesem mexikanischen Herrn vorbeizukommen — ich glaube, er heißt Mandez — aber schließlich saß ich doch Lynne gegenüber. Ich spiele wirklich nicht Banjo," fuhr er lachend fort, „ich gebe dir in allem Ernst die feierliche Erklärung, mein lieber George. Das Banjo ist für mich ein schreckliches Instrument —"

„Du willst also mit anderen Worten sagen, daß du dich als einen Banjosolisten vorgestellt hast, der um ein Engagement in Südamerika bat?"

„Du hast es erraten. Und ich brauche dir wohl kaum zu sagen, daß er mich nicht nahm. Aber der Mann ist tatsächlich interessant."

„Für dich sind alle Menschen interessant, Leon", sagte Manfred lachend, stellte seine Kaffeetasse beiseite und steckte sich lange, dünne Zigarre an.

„Ich hätte dem Kerl am liebsten gesagt, daß er seiner ganzen Veranlagung nach eigentlich ein richtiger Brandstifter ist. Er hat das Gesicht eines Mordbrenners — Lombroso hat diesen Typ am genauesten beschrieben. Eine fleckenlose, zarte Haut, ein plumpes, kindliches Gesicht, außergewöhnlich feine Haare. Man kann solche Leute unter Tausenden herausfinden."

Er strich sich das Kinn und runzelte die Stirn.

„Diese Kerle leben von der Zerstörung menschlichen Glücks und profitieren davon. Ich glaube, dieser Menschentyp ist zu beiden Verbrechen fähig. Es ist eine interessante Parallele. Ich würde gern unseren Freund Poiccart einmal hierüber sprechen."

„Kann er nicht gesetzlich belangt werden?" fragte Manfred „Können wir ihn nicht einfach anzeigen?"

(Fortsetzung folgt.)

Unglücksfall infolge Glätte. Ein gewisser Richard Goj stürzte infolge Glätte auf den steinernen Treppen an der Germaniabrücke und brach das linke Bein. Der Verunglückte mußte in das Krankenhaus eingeliefert werden. Es wäre sehr notwendig, wenn seitens der Stadtverwaltung auch in den späteren Abendstunden eine Abstumpfung der Treppen und Entfernung der Schneemassen vorgenommen werden würde. m.

Er wollte aus dem Leben scheiden. Der 65jährige alte Witwer Paul S. von der ulica Juljusza Ligonia 1 wollte seinem Leben ein vorzeitiges Ende bereiten, indem er sich erhängen wollte. Zum Glück kam der Sohn in die Wohnung und schnitt den Riemen durch. Trotzdem wurde der Lebensmüde im bedenklichen Zustande nach dem Knappschaftslazarett gebracht, wo an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der Grund zu dieser Tat ist unbekannt. m.

Soll das Nächstenliebe sein? In der gestrigen Nacht gegen 1 Uhr kam es an der ulica 3-go Maja zu einer Schlägerei zwischen einem gewissen Paul Sch. seinem Schwager G., der sich in seiner Begleitung befand, und einem unbekannten Manne. Hierbei wurde Sch. im Verlauf der Schlägerei von dem Unbekannten durch einen Messerstich verletzt und mußte sofort in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden. Der Messerheld entfloh in unbekannter Richtung. Die polizeilichen Ermittelungen ergaben, daß alle drei Personen die Schlägerei im betrunkenen Zustande inszeniert haben. Nach dem Schuldigen wird gefahndet. m.

Verschiedene Kellereinbrüche. In der Sonntagsnacht drangen Unbekannte in den verschlossenen Keller des Gastwirts Wieczorek an der ulica Bytomska 60 ein, entwendeten 30 Flaschen Wein im Werte von 400 Zloty und verschwanden in unbekannter Richtung. — Ein weiterer Einbruch wurde in den Keller des Nikodem Okietz an der ulica 3-go Maja 36 verübt, wobei den Dieben reichliches Brennmaterial in die Hände fiel. m.

Vom Obdachlosenheim. Im Monat Dezember verblieben im städtischen Obdachlosenheim an der ulica Wandy 25 Obdachlose. Im Monat Januar kamen 3 Personen neu hinzu, die Anstalt verlassen haben 5 Personen. Am 1. Februar hatte das Heim 23 Obdachlose beherbergt und zwar 22 Männer und 1 Frau. Die Insassen waren 19 hiesige und 4 auswärtige. m.

Chorzow. (Mit Maske und Revolver.) Auf der Chaussee zwischen Chorzow und Maciejkowitz wurde von zwei maskierten, bewaffneten Banditen die Konsumleiterin Aniela Mikula aus Königshütte angefallen. Unter Vorhaltung von Schußwaffen wurde die Ueberfallene zur Herausgabe des Geldes aufgefordert. Die Mikulla gab an, daß sie kein Geld bei sich führe. Daraufhin warf sich einer der Banditen auf die Leiterin, warf sie zu Boden und raubte ihr u. a. das Handtäschchen enthaltend ein Sparkassenbuch zwei Kreditbücher, sowie eine Quittungskarte, ausgestellt auf den Namen Jadwiga Gabrys. Die Täter feuerten alsdann einen Schreckschuß ab und verschwanden. Bei den flüchtigen Tätern handelt es sich um noch junge Leute. Die Polizei hat sofort die Verfolgung nach den Banditen aufgenommen. z.

Siemianowitz

Explosion einer Granate.

500 Meter fortgeschleudert. — Dachgeschoß durchgeschlagen.

In den Nachmittagsstunden des vergangenen Sonnabend explodierte beim Ausbrechen hohler Artilleriegeschosse bei der Firma „Dakem“ in Alfredschacht ein derartiges Geschoß, daß in die Feuerung geworfen wurde. Die Granate wurde aus dem Ofen etwa 500 Meter weit fortgeschleudert und fiel auf das Dach des Hauses Miarki 7. Das Dach und die Decke wurden durch den wuchtigen Aufschlag durchgeschlagen, so daß das Geschoß auf der Haustreppe landete. Personen sind zum Glück nicht verletzt worden. z.

Schulzettel abholen. Die Knappschaftsinvaliden, Witwen und Waisen haben bis 28. Februar die Schulzettel abzuholen, da nach Ablauf dieses Termins keine Ausgabe mehr erfolgt. Buchstabe A—K sind beim Knappschaftsältesten Stasch in Richterschächte, L—P beim Knappschaftsältesten Hain und R—Z beim Knappschaftsältesten Marczoz auf Ficinusschacht abzuholen.

Wo gehe ich heut hin? Am heutigen Dienstag abends trägt die Schachsparte des „Freien Sportverein“ zwei Schachwettkämpfe aus und zwar spielt eine Mannschaft gegen Eichenau-Rosdzin, die andere gegen eine solche aus Hohenlohehütte. Anschließend findet ein gemeinsamer Kommersabend statt. Für erstklassige Unterhaltungsmusik und besonders gute Humoristik ist gesorgt. Beginn des Unterhaltungsabends um 19 Uhr im Lokal Kozdon. Angehörige unserer Bewegung haben gegen Legimitierung Zutritt. k.

Die Arbeitslosenküche floriert. Von 1950 Arbeitslosen erhalten nur 970 die Arbeitslosenunterstützung. An die Ausgesteuerten wurden insgesamt täglich rund 1000 Mittagessen aus der Armenküche verausgabt. Verbraucht worden sind für diesen Zweck 4744 Zloty. 1700 Zloty steuerte die Wojewodschaft bei, die Gemeinde 2915 Zloty. Anderweitig liefen 129 Zloty ein.

Myslowitz

Die Armenküche verlegt. Die in voriger Woche in Myslowitz angelegte Armenküche ist des großen Andranges wegen ab Montag in das städt. Schlachthaus verlegt worden. Hierzu wird vom Magistrat mitgeteilt, daß einzelne Portionen 15 Groschen und Portionen für Familien mit 3 Personen 25 Groschen kosten. Diejenigen Arbeitslosen, die ohne jeden Verdienst dastehen und keinerlei Unterstützung erhalten, können sich zwecks Zuweisung von Bons auf Ausgabe von Portionen, im Zimmer 7 des Magistrats melden. —h.

Das geheimnisvolle Budget der Gemeinde Rosdzin-Schoppinitz. Die Budgetpräliminare der Gemeinden werden von den Gemeindevorständen überall zur öffentlichen Einsichtnahme für die Einwohnerschaft ausgelegt. Auch der kommissarische Gemeindevorstand der verschmolzenen Gemeinden Rosdzin-Schoppinitz hat vor ungefähr zwei Wochen durch öffentliche Anschläge bekannt gemacht, daß das Budgetpräliminar der Gemeinde im Zimmer 9 des Rathauses ausgelegt sei. Dieses Zimmer ist aber das Amtszimmer des kommissarischen Gemeindevorstehers der Gemeinde, und nur selten konnte jemand an das Budget heran, weil, wie jeder andere Gemeindevorsteher, so auch der von Rosdzin-Schoppinitz, nicht immer im Zimmer aufzufinden war. Ohne seine Person war es unmöglich, in das Budgetpräliminar Einsicht zu nehmen, und heute werden in der Gemeinde verschiedene Kommentare zu dieser Heimlichtuerei laut, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Selbst den Inspektoren der Gemeinde war das Präliminar unbekannt und keiner wußte darüber Aufschluß zu geben. Nun ist die Gemeinde an diesem Budget direkt interessiert, da es sich um Gelder handelt, die aus den Taschen der Einwohner in Form von Steuern usw. der Gemeindeverwaltung zufließen. Diese Heimlichkeit ist am wenigsten taktisch richtig, wo die Gemeinde vor der Neuwahl des neuen Gemeindevorstehers steht, dies wird wohl in einer der nächsten Sitzungen der neuen Gemeindevertretung zur Aussprache gebracht werden müssen. —h.

Janow. (Amtsstunden im neuen Rathaus.) Im neuerbauten Rathause hat sich schon im Dezember v. J. die hiesige Polizei eingerichtet. Nachdem die weiteren Büroräume, welche für die Gemeindeverwaltung in Betracht kamen, beendet worden sind, gibt der hiesige Gemeindevorstand laut Aushang bekannt, daß die Gemeindeamtsstunden schon ab 16. Februar im neuen Rathause getätigt werden. Die Amtstelephongespräche können unter Nummer 982 und 983 geführt werden. Wie verlautet, sollen die Büroräume des alten Gemeindehauses in Wohnungen umgebaut werden.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Mit einem Stemmeisen erschlagen.

Zu einer schweren Bluttat kam es am 15. d. Mts. auf der ulica Hutnicza. Dort wurde der Johann Nowack, wohnhaft auf der ulica 11. Listopada 16, von dem Josef Kopyciok mit einem Stemmeisen so heftig auf den Kopf geschlagen, daß er blutüberströmt zusammenbrach. Der Tod trat auf der Stelle ein. Es erfolgte seine Ueberführung in die Leichenhalle des Hüttenspitals der „Falvahütte“. Der Täter wurde von der Polizei inzwischen gefaßt und in Polizeigewahrsam genommen. Es wird angenommen, daß zwischen Nowack und Kopyciok ein Streit ausbrach. Weitere polizeiliche Untersuchungen sind im Gange, um den Fall restlos aufzuklären. z.

Unfall. In der Falvahütte kam der Angestellte Maier zu Fall und erlitt einen Armbruch.

Die Leiter als Einbrecherhilfswerkzeug. Zur Nachtzeit drangen mittels Leiter unbekannte Täter in die Papierfabrik des Inhabers Rozycki auf der ulica Kolejowa ein und durchstöberten dort verschiedene Schreibtische und Fächer. Die Täter fanden jedoch kein Geld vor. Aus einem Vorzimmer entwendeten die Eindringlinge 2 Wintermäntel. In der Tasche eines der Mäntel befanden sich ein Paar Handschuhe Nr. 712. Nach den Tätern wird polizeilicherseits gefahndet. z.

Bismarckhütte. (Jahresbilanz.) Die „Freiwillige Sterbekasse“, eine Einrichtung, welche von den Arbeitern der Bismarckhütte errichtet wurde, gab ihren Mitgliedern in der Generalversammlung einen Kassen- und Vermögensbericht bekannt. Demnach ist die Zusammenstellung der Ein- und Ausgaben, allgemeiner Vermögenszuwachs im Jahre 1930, sowie Vermögensstand und Mitgliederzahl am Ende des Jahres 1930 wie folgt: Einnahmen: An Eintritts- und Monatsbeiträgen im Januar 5617,10 Zl., Februar 5522,90 Zloty, März 5628,90 Zloty, April 6130,90 Zloty, Mai 6221,94 Zloty, Juni 6174,30 Zloty, Juli 6605,46 Zloty, August 6182,50 Zloty, September 5805,60 Zloty, Oktober 5994 Zloty, November 5706 Zloty, Dezember 5654,40 Zloty. Mithin eine Einnahme von 71 225 Zloty. An Ausgaben bei Unterstützungen in Sterbefällen wurde gezahlt: im Januar 8425 Zloty, Februar 2850 Zloty, März 4500 Zloty, April 3875 Zloty, Mai 4400 Zloty, Juni 5375 Zloty, Juli 4925 Zloty, August 4975 Zloty, September 3025 Zloty, Oktober 3950 Zloty, November 2725 Zloty, Dezember 4275 Zloty. Demnach betragen die Ausgaben für Sterbefälle 53 300 Zloty. An sonstige Ausgaben wurden im Monat Januar 266,45 Zloty, Februar 196,95 Zloty, März 187,85 Zloty, April 308,45 Zloty, Mai 875 Zloty, Juni 193,90 Zloty, Juli 183,85 Zloty, August 239,10 Zl., September 177,80 Zloty, Oktober 215,70 Zloty, November 190,45 Zloty, Dezember 192,40 Zloty, also insgesamt 3228 Zloty herausgabt. Es bleibt somit ein Ueberschuß von 14 697 Zloty. Das Haus in Königshütte brachte Einnahmen an Mietzins 2754,60 Zloty, vom Restaurant 4581,40 Zloty, zusammen 7336 Zloty. Ausgaben fürs Lokal 2653 Zloty, mithin der Ueberschuß beträgt 4682,85 Zloty. Allgemeine Zusammenstellung des Vermögenszuwachses im Jahre 1930: Ueberschuß, Beiträge und Eintritte 14 697 Zloty, Ueberschuß vom Haus und Lokal 4682,85 Zloty, Guthaben in der Volksbank H. W. 1531,26 Zloty, Guthaben in der Volksbank H. W. 1530 Zloty, an Dollar in der Volksbank H. W. 845,14 Zloty, Zinsen vom verborgten Gelde (Kuznik) 467,25 Zloty, Schlesische Volksbank 763,26 Zloty, verschiedene Einnahmen 103,69 Zloty. Zusammen 24 620,45 Zloty. Allgemeiner Vermögensstand der Freiwilligen Sterbekasse am Ende des Jahres 171 300,41 Zloty, hierin ist der Besitztum in Krol. Huta mit 53 409,70 Zloty enthalten. Der Mitgliederbestand beträgt 9282.

Bismarckhütte. (Ruhe sanft!) Die Bismarckhütte unterhielt längere Zeit eine Werkszeitung, die den Arbeitern dieses Werkes kostenlos zugestellt wurde. Der Verfasser des Blattes war der gut bekannte Unfallinspektor Pionzyk, der darin seine Weisheit niederschrieb. Seine Schreibweise, die nicht weither war, brachte so manche Unruhe in die Belegschaft. Auch verzapfte dieser Neuling von Redakteur Artikel über den Genuß von Alkohol, worin er die Belegschaft aufforderte, den Genuß von Alkohol zu vermeiden. Es ergab sich aber, daß der Geist willig und das Fleisch schwach war. Bei einer Abschiedsfeier geriet der Moralprediger unter die Räuber, denn er konnte dem Teufel Alkohol nicht widerstehen und mußte als kranker Geist nach Hause gebracht werden. Dieses Blatt ist, nachdem die letzten Auflagen fehlen, sanft entschlafen.

Bismarckhütte. (Schlaganfall.) An der Arbeitsstelle erlitt der Arbeiter August Narwy einen Schlaganfall. Mittels Krankenauto wurde er ins Lazarett geschafft.

Bismarckhütte. (Unglücksfall.) In der Nähe der Eisenbahnunterführung in Bismarckhütte wurde von Straßenpassanten in schwerverletztem Zustand der 22jährige Josef Holicz von der Kolonie Dworcowa, aufgefunden und nach dem Spital überführt. Der junge Mann weist sehr schwere Kopfverletzungen auf. z.

Werbet für den „Volkswille“

Bismarckhütte. (Schrecklicher Tod eines Kindes.) In einem unbewachten Moment fiel in der elterlichen Wohnung das 2½ Jahre alte Töchterlein Stefania Wienczek in eine mit kochendem Wasser gefüllte Wanne und erlitt hierbei so schwere Verbrühungen am ganzen Körper, daß der Tod in kurzer Zeit eintrat. z.

Friedenshütte. („Göricke“ fand einen Liebhaber.) Zum Schaden des Emanuel Sil in Bielschowitz wurde das Herrenfahrrad Marke „Göricke“, Nr. 105 897 gestohlen. Der Schaden beträgt 300 Zloty. Vor Ankauf wird polizeilicherseits gewarnt. z.

Godullahütte. (Auf der Straße bestohlen.) Auf dem Wege zwischen Godullahütte und der Mühle Szomhierski, in der Nähe der Straßenbahnhaltestelle, wurde der Gertrud Stalmach von einem unbekannten Täter das Handtäschchen, enthaltend 420 Zloty, gestohlen. Der Taschendieb ist flüchtig. z.

Lipine. (Kommunales.) In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde Gemeindevertreter Kuczna in sein Amt als Schöffe eingeführt. An seine Stelle trat als Gemeindevertreter August Ploch von der N. P. R. — Der Haushaltungsplan für das Rechnungsjahr 1931/32 wurde in Einnahmen und Ausgaben auf 930 200 Zloty festgesetzt und angenommen. Die Grund- und Gebäudesteuer wurde bei dem bisherigen Satz von 5 pro Tausend belassen. Der Wasserpreis wurde von 25 auf 35, bezw. 45 Groschen je Kubikmeter erhöht.

Neudorf. (Feuer infolge Schornsteindefekt.) In der Wohnung des Arbeiters Jan Macon auf der ulica 3-go Maja 17, brach Feuer aus. Das Feuer konnte in kurzer Zeit durch die alarmierte Wehr gelöscht werden. Der Brandschaden soll unwesentlich sein. z.

Pleß und Umgebung

Hie ausschweifiger Luxus — da sklawische Behandlung!

Wie bereits schon berichtet, geht es den Plessergruben „schlecht“, weshalb es die Arbeiter zu tragen haben. Auf den Lasisker Gruben setzte eine Offensive mit den neuesten Kampfmitteln ein, z. B. Steigerung der Leistung. Abbau der Löhne und Reduzierung der Arbeiter. Die Verwaltungen der Gruben haben für den Demobilmachungskommissar Listen zwecks Reduzierung von mehreren 100 Arbeitern zurechtgestellt, ohne jedoch den § 74 des B. R. G. zu beachten, nach dem die Notwendigkeit zu erklären ist, da keine Haldenbestände vorhanden sind. Zugleich kam ein Rundschreiben an die Betriebsführung, daß die Leistung sich vermehren soll! (Kein Absatz).

Nun setzte das „Schrapnellfeuer“ ein. Den einzelnen Arbeitern wurde der normative Arbeitsvertrag zwecks Herabsetzung der Löhne gekündigt. Die Vorzimmerhäuer sollen als Zimmerhäuer, die Häuern als Zimmerlinge und Lehrhäuer als Schlepper bezahlt werden. Den Schleppern soll der Verdienst von 0,60—2,00 Zloty pro Schicht gekürzt, den Fachgruppen um je eine Gruppe niedriger berechnet werden. Und dies ohne Rücksicht auf den § 78 B. R. G. O welche Ironie! Laut § 68 B. R. G., sollen von beiden Seiten Maßnahmen und Forderungen unterlassen werden, die das Gemeininteresse schädigen. An den Hungerlöhnen noch was zu sparen, ist doch die Höhe!

Dem Fürsten von Pleß sei es geraten, mal gründlich die Direktorenwirtschaft studieren zu wollen. Es wäre ihm ein Leichtes, monatlich viele hunderttausende Zloty auf den Lasisker Gruben zu ersparen. Während früher auf jeder Anlage nur ein Betriebsführer und der Direktion nur ein Direktor beigestellt war, sind gegenwärtig im ganzen ½ hundert überzählige Direktoren, die die Wirtschaft nicht ertragen kann!!! Für die „gesunde“ Wirtschaft soll zum Beispiel Direktor Rontz dienen, welcher einen großen „Generalstab“ besitzt und alles, was drum und dran dazu gehört, auf des Fürsten Rechnung geht. Autos, Kutsche, was für die Pflegerin und des Direktors Kinder sehr „notwendig“ ist! Ein Reviergärtner mit dem dazugehörigen Personal, was auf Konto der Häuserverwaltung gebucht wird, ist das ganze Jahr im Garten des Direktors beschäftigt und der Fürst zahlt die Rechnung dafür. Die dann durch Grubenleute geernteten Erträge werden an den Fürsten, also an den Eigentümer, verkauft.

Es ist darum auch kein Wunder, wenn der Fürst gegen 150 Millionen Zloty Verpflichtungen zu verzeichnen hat. Die Hungerlöhne sind daran nicht schuld, sondern die überflüssige Mißwirtschaft mit den Riesengehaltsempfängern. Wird erstmalig auf diesem Gebiete Ordnung geschafft, dann wird eine Gesundung der Finanzen eintreten, wie auch eine Besserstellung der Bergleute festzustellen sein. Wenn der Fürst nicht daran gedenkt, diesbezüglich entsprechend einzuschreiten, da kann er womöglich auch erleben, daß es ihm ebenso ergehen wird, wie den überzähligen Arbeitern.

Zwei Ziegeleiarbeiter durch Fahrlässigkeit verunglückt.

Das gerichtliche Nachspiel.

Am gestrigen Montag hatten sich vor der Strafkammer des Landgerichts in Kattowitz der Ziegeleibesitzer Wilhelm Lipinski und der Ziegeleimeister Josef Gasch aus Nikolai, wegen grober Fahrlässigkeit zu verantworten. Aus der Beweisaufnahme war Nachstehendes zu entnehmen: Im Jahre 1928 wurde in Nikolai im Auftrage von Lipinski durch den Gasch eine provisorische Ziegeleibrennerei errichtet, welche jedoch nicht sachgemäß durchgeführt wurde. Eines Tages stürzte eine Mauer ein. Zwei in der Nähe beschäftigte Arbeiter, und zwar der Karl Blasa und Karl Jonka, wurden von der Mauer unter sich begraben. Nach längeren Bemühungen gelang es, die Arbeiter aus ihrer bedrängten Lage zu befreien. In verletztem Zustand wurden die Verunglückten nach dem Spital überführt, wo sie sich mehrere Wochen in ärztlicher Behandlung befanden. Gegen Lipinski und Gasch wurde wegen Verstoß gegen die baupolizeilichen Vorschriften und schwerer Fahrlässigkeit gerichtliche Anzeige erstattet.

Zu diesem Prozeß wurden mehrere Zeugen, darunter Sachverständige, geladen. Nach der Beweisaufnahme wurden die Angeklagten für schuldig erkannt und der Ziegeleibesitzer Lipinski zu einer Geldstrafe von 500 Zloty und Ziegeleimeister Gasch, wegen grober Fahrlässigkeit und Verstoß gegen die baupolizeilichen Vorschriften, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. y.

Sportliches

Boxländerkampf Polen — Deutschland der Arbeitersportler.

Am Sonntag, den 22. d. Mts., findet in Warschau, im Kino „Nowosci“, der erste Boxländerkampf der Arbeitersportler von Polen und Deutschland statt.

Bielitz und Umgebung

Uebelstände bei Auszahlung der Arbeitslosen-unterstützung.

Es wurden schon viele Mängel von dieser Stelle aus über die Behandlung der Arbeitslosen bei den Auszahlungen besprochen. Einige Mißstände wurden schon beseitigt. Leider wird aber dem Uebel nicht abgeholfen, und zwar das unnötige Warten, Drängen und Pressen an Auszahlungstagen. Warum werden alle Gemeinden auf ein und denselben Tag verständigt. Könnte die Auszahlung nicht auf mehrere Tage anberaumt werden? Wenn schon die Auszahlung an einem Tage erfolgt, warum werden dann nicht mehrere flinke Beamte mit der Auszahlung betraut, damit die Sache flotter geht?! Bis jetzt besorgt die Auszahlung ein ganz unfähiger, junger Mensch, der mit der Arbeit spielt und die vielen hundert Arbeitslosen ganz gemütlich viele Stunden lang warten läßt. Nicht genug an dem, daß die ausgesteuerten Arbeitslosen schon zwei Monate keine Unterstützung erhalten haben, setzt man sie dann solchen unnötigen Schikanierungen und Qualen aus. Es gereicht den Aemtern nicht zur Ehre, daß sie nicht imstande sind, die Einteilung bei den Auszahlungen so zu treffen, daß diese Sache klaglos ohne Störungen und rasch durchgeführt wird. Anderorts kommen doch auch Auszahlungen vor, speziell in Großstädten ist der Andrang infolge der größeren Arbeitslosenzahl noch größer. Und doch klappt die Angelegenheit dort viel besser, weil das Ganze da vernünftiger organisiert ist. Nachdem noch lange keine Aussicht auf eine bessere Konjunktur ist, die Arbeitslosigkeit daher weiter steigen wird, ist es notwendig, daß die gerügten Uebelstände ehestens beseitigt werden und das Auszahlungs- sowie Meldewesen besser organisiert wird.

Trübe Aussichten für die Gläubiger der Eskomptebank? Wie die „Kattowitzer Zeitung“ meldet, scheinen sich die Aussichten für die Gläubiger der Eskomptebank in den letzten Tagen verschlechtert zu haben. War man bis vor kurzem noch zu der Annahme bereit, daß das Liquidationsverfahren durch die möglichst rasche, klag- und reibungslose Abwicklung die weitgehende Befriedigung der Gläubiger ermöglichen werde, so ist man heute in eingeweihten Kreisen von einer durchaus pessimistischen Stimmung beherrscht. Es verlautet nämlich, daß der Liquidationsprozeß der Schlesischen Eskomptebank mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden sein dürfte. Vor allem heißt es, daß der Direktor der Bialaer Filiale der Landwirtschaftsbank, der als Liquidator in Aussicht genommen war, sich vorläufig ablehnend verhalten soll. Ferner will man in informierten Kreisen wissen, daß die Quote, die für den Fall eines außergewöhnlichen Ausgleichs in Frage käme, kaum mehr als 30—40 Proz. betragen dürfte.

Heimische Industrie — Ausstellung in Bielsko. In der Zeit vom 20. bis 29. März l. J. findet in den Schießhauslokalitäten in Bielsko eine Propaganda-Ausstellung der heimischen Industrie statt, welche alle Produktionszweige aus ganz Polen umfaßt und insbesondere den Bielitz-Bialaer Industrie-, Kaufmanns- und Handwerksgewerbezweig veranschaulicht. Zum Zwecke der Durchführung der mit dem Erstehen dieser Ausstellung verbundenen Arbeiten ist im Stadtgebiete von Bielsko und Biala ein Komitee gegründet worden, das seine Tätigkeit mit der Berufung von speziellen Sektionen für Gewerbe, Handwerk, Handel, Landwirtschaft betreffende Fragen begonnen hat. Außerdem ist aus seinen Innern ein engerer Vollzugsausschuß, bestehend aus einer gleichen Mitgliederzahl von Vertretern der Bielitz-Bialaer Industrie, des Handwerkes, des Handels usw. gewählt worden. Die Büroräume des Komitees befinden sich in den Schießhauslokalitäten in Bielsko (Telephon Nr. 1337), woselbst alle Anmeldungen entgegengenommen und alle die Ausstellung betreffenden Informationen erteilt werden. Für das Stadtgebiet von Biala werden sämtliche die Ausstellung betreffenden Informationen im Sekretariat des Stadtmagistrates (Telephon Nr. 1022) erteilt. Während der Ausstellungsdauer werden Kongresse von Kaufleuten und Landwirten, der Lehrerschaft, der Feuerwehren und Touristen und Sportausflüge organisiert werden.

Altbielitz. (Wem gehört der Ehering?) Auf der durch das Oberdorf führenden Bezirksstraße wurde ein goldener Ehering gefunden. Der Verlustträger kann sich denselben in der Gemeindekanzlei während der Amtsstunden abholen.

Aus der Alexanderfelder Gemeindestube

Die unter dem Vorsitze des Gemeindevorstehers Genossen Karch stattgefundene 12. Gemeindeausschußsitzung umfaßte nachstehende Tagesordnung: 1. Berichte und Einläufe, 2. Gemeindebudget pro 1931/32, 3. Beschlußfassung über Gemeindesteuern und Abgaben, 4. Aufnahme in den Heimatsverband, 5. Armensachen, 6. Allfälliges.

Nach Verlesung des Protokolls der letzten Gemeindeausschußsitzung, welches vollinhaltlich genehmigt wurde, berichtete der Gemeindevorsteher, daß an 21 Ortsarme zu den Feiertagen Pakete zugestellt worden sind, und die Kosten sich auf 225.46 Zloty belaufen. An 76 Arbeitslose wurden Lebensmittel um den Betrag von 686.41 Zloty aus Gemeindemitteln zu Weihnachten verteilt. 30 Personen erhielten Geld. Am 14. Januar wurden an 49 Personen 565 Zloty verteilt; weiter wurden noch 130 Zloty an 14 Saisonarbeiter verteilt. Die Gemeinde erhielt seitens der Wojewodschaft 8 Tonnen Kohle zur Verteilung an Arbeitslose und Arme zugewiesen. Nachdem dieses Quantum nicht ausreicht, wurden aus Gemeindemitteln noch 4 Tonnen dazugekauft. Es wurden 146 Personen beteilt. Auf Antrag der Finanzsektion wird die nachträgliche Genehmigung über den hierzu erforderlichen Betrag von 206 Zloty erteilt. Betreffs der von der Bezirkshauptmannschaft angeordneten Rattenvertilgungsaktion wurde derselben mitgeteilt, daß die Gemeinde diese Aktion erst dann durchführen werde können, falls die Militärbaracken gleichzeitig sich daran beteiligen, da ansonsten die ganze Aktion zwecklos sei. Die Bezirkshauptmannschaft hat bereits an das Garnisonkommando in dieser Hinsicht geschrieben und muß daher weiteres abgewartet werden. Am 6. Jänner fand die Generalversammlung unserer Ortsfeuerwehr statt und haben die Kommandanten dem Gemeindevorsteher die Angelobung geleistet. Am 23. 1. feierte Gemeindeausschußmitglied Herr Bojda den 60. Geburtstag. Eine Deputation des Gemeindeausschusses überbrachte demselben Glückwünsche. Am 25. 1. erfolgte gemeinsam mit der Gemeinde Kamitz die Begehung des Grenzweges und sind die angeordneten Reparaturen seitens der Stadtgemeinde durchgeführt worden. Die Herrichtung des neuen Sitzungssaales erforderte den Betrag von ca. 400 Zloty. Der hierortigen Macierz Szkolna wurde eine Subvention im Betrage von 33.05 Zloty in Form der nachgelassenen Lustbarkeitssteuer gewährt. Kollaudiert wurde der Neubau Foltyn mit der Konsk.-Nr. 269. Betreffs der Aufforderung der Behörde zur Errichtung von Ambulanzstellen bei Autounfällen, teilte der Kommandant der Feuerwehr mit, daß im Feuerwehrdepot in dieser Hinsicht Vorsorge getroffen ist, sonst auch geschultes Personal zur Verfügung steht. Der Rettungsgesellschaft wird eine Subvention von 100 Zloty gewährt. Das Ansuchen der evangelischen Friedhofsgemeinde um Gewährung einer Subvention für die neuerbaute Totenhalle, wird der Finanzsektion überwiesen, nachdem Informationen resp. schriftliche Zusagen wegen der evtl. Benützung eingeholt werden müssen.

Punkt 2: Der Gemeindevorsteher berichtet, daß das Gemeindepräliminar 1931/32 den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, 14 Tage lang zur öffentlichen Einsichtname ausgelegt ist. Einwendungen wurden keine gemacht. Es erfolgte nun die postenweise Durchberatung derselben. Einzelne Positionen erforderten eine längere Debatte. Mit Rücksicht auf die schwere wirtschaftliche Lage wurde von einer Erhöhung der Personalausgaben Abstand genommen. Erhöht wurden im Verhältnis zum Vorjahr die Ausgaben für die Schulen, insbesondere für die Kindergärten. Weiters wurde der Betrag für die Arbeitslosen auf 3000 Zloty erhöht. Für Straßenreparaturen wurden 6000 Zloty bestimmt. Zu bemerken ist, daß trotz der schwachen Einnahmen den Schulkindern weiter sämtliche Lehrmittel und Schreibrequisiten gratis gegeben werden. Die Genehmigung des Gemeindebudgets in der Höhe von 37 101.— Zloty erfolgte einstimmig.

Punkt 3. Unter diesem Punkte wurden die Gemeindesteuern resp. Abgaben, unter anderem auch die 30prozentige Gemeinde-Gebäudesteuer, beschlossen.

Punkt 4: In den Heimatsverband wurden, nachdem das Ersitzungsrecht vorhanden, aufgenommen: Susanna Herma 94, und Johann Herma 86. Punkt 5: Die monatliche Armenunterstützung wurde dem Johann Herma bewilligt.

Punkt 5: Das Ansuchen Keis um Verlängerung des Provisoriums der Magazine um weitere 2 Jahre wurde bewilligt. Für den Bau eines Marschall Pilsudski-Denkmals in Ernsdorf sind 40 Zloty bewilligt worden.

Nachdem noch kleinere Angelegenheiten erledigt wurden, erfolgte Schluß der Sitzung.

Dziedzic. (Nächtlicher Einbruch.) In der Nacht zum vergangenen Freitag wurde in die Werkstatt des Klempnermeisters Herrmann Kempler ein Einbruch verübt. Die Täter stahlen dort verschiedenes Werkzeug, Maschinenteile, sowie ein Herrenfahrrad, Marke „Waffenrad Steyer“, Nr. 3 911 022. Den Einbrechern gelang es mit dem Diebesgut unerkannt zu entkommen. Vor Ankauf des Fahrrades wird gewarnt. x.

Bielitz: „Wo die Pflicht ruft!“

Verein jugendlicher Arbeiter Bielitz.

Dienstag, 17. Februar, veranstaltet obiger Verein einen großen Faschingsrummel, zu welchem Sie samt Familie auf das herzlichste eingeladen werden. Zur Einleitung gelangen humoristische Vorträge sowie für verschiedene Belustigungen und vorzügliches Büfett ist bestens gesorgt. Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr abends. Karten im Vorverkauf 1.20 Zloty. An der Kasse 1.50 Zloty. Vorverkaufskarten sind bei den Kosumfilialen am Schloßgraben und Bäckerei, pl. Wyzwolenia (Gustav Josephy-Platz), sowie bei allen Mitgliedern und dem Gastwirt im Arbeiterheim in Bielsko erhältlich. Um zahlreichen Besuch ersucht.

Die Bezirksleitung.

Wochenprogramm der Arbeiterjugend Bielitz.

Dienstag, den 17. Febr. um 7 Uhr abends, Faschingsrummel.

Mittwoch, den 18. Febr., um 7 Uhr abends, Handarbeit für Mädchen.

Donnerstag, den 19. Febr., um 7 Uhr abends, Gesang- und Spielabend.

Freitag, den 20. Febr., um 6 Uhr abends, Musikprobe.

Sonntag, den 22. Febr., um 4 Uhr nachm. Gesang- und Spielabend.

Alt-Bielitz. Die für Dienstag, den 17. d. Mts. fällige Vorstandssitzung des sozialdemokratischen Wahlvereins „Vorwärts“ mußte, eingetretener Hindernisse halber, für Dienstag, den 24. Februar l. J. verschoben werden und findet dieselbe am genannten Tage im Lokale des Andr. Schubert um 7 Uhr abends statt.



Wahrheitsliebe

„Sofort kommen? Ausgeschlossen! Ich kann das, womit ich mich jetzt beschäftige, unmöglich fallen lassen. (Humorist.)

Antwort auf eine Rundfrage

Von Max Barthel.

Vor einigen Tagen bekam ich einen Brief aus dem Spessart. Aus dieser Gegend hatte ich noch nie einen Brief bekommen. Ich wurde also mißtrauisch, putzte die Brille und sagte zu meiner Frau:

„Lisa,“ sagte ich, „laß den kleinen Wolfel nicht so laut brüllen! Ich habe einen Brief aus dem Spessart bekommen. Na, da bin ich ja neugierig, was man mir schreibt.“

„Ich bin auch neugierig,“ gab sie ohne weiteres zu, und da können sie sehen, was ich für eine Frau habe! Und jetzt stopfte sie dem kleinen Wolfel einen Apfel, eine Banane und ein Butterbrot in den Mund, damit er still sei, wenn der Vater den Brief aus dem Spessart liest.

Und ich las

Nach einer ausführlichen Einleitung, in der sich ein Herr Stefan Zumpel vorstellte, auf die Knie fiel und schwärmerisch die Hände nach dem „Sehr geehrten dichterischen Herrn Schriftsteller“ ausstreckte, nach dieser Einleitung kam er zur Sache und weihte mich in sein Lebenswerk ein. Herr Zumpel wollte eine sozialindividual-psychologische Studie über die Arbeiterdichtung verfassen und sammelte nun Material. Und zu „diesem Behufe“, wie er sich ausdrückte, habe er außerdem einen „interessanten Fragestellerkomplex“ aufgestellt, den er umgehend zu beantworten ersuche.

Im Spessart muß ein neugieriger Menschenschlag wohnen. Ich kannte diese Gegend noch nicht, aber jetzt habe ich auch keine Lust, sie kennenzulernen. Was wollte der Herr Stefan Zumpel nicht alles von mir wissen! Die Farbe meiner Augen interessierte ihn genau so sehr wie mein „Vorleben in bezug auf die erotische Sachlage“, wie er es formulierte. Es fehlte nur noch, daß mir Herr Zumpel den Vorwurf gemacht hätte, nicht mein eigener Sohn zu sein!

Nun, wir alle kennen wohl jenen schmeichlerischen Typ der liebenswürdigen Ausfrager, die ihre Gimpel auf der Leimrute sogenannter Geistigkeit fangen und dann in eleganten Aufsätzen zwitschern lassen. Herr Stefan Zumpel verschmähte alle Diskretion, und so will ich nun aus der Dornenkette der vielen Fragen einige Stacheln lösen und sie Herrn Zumpel selbst ins Herz stoßen! Vorher aber soll noch gesagt sein, wie der Herr Ausfrager seinen Brief schloß. Er schrieb nämlich:

„Aber jetzt sei genug des Fragestellereikomplexes! Die Reihe dürfte ja ins Unendliche gehen! Für jegliches Eingehen wäre ich Ihnen, sehr geehrter Herr Schriftsteller, einschließlich verbunden!“

Ich will noch lange nicht eingehen, ich will mich jetzt meines „Antwortgebekomplexes“ erledigen, und so nehme ich sechs Fragen des Herrn Zumpel aus dem Brief und funke sie mit meiner Antwort nach dem Spessart.

1. Frage:

„Darf man die Herren Arbeiterdichter mit den Nürnberger Meistersängern vergleichen?“

Antwort:

„Natürlich, aber es ist nicht unbedingt notwendig.“

2. Frage:

„Was denken Sie: wird die Arbeiterdichtung später einmal viele Volkslieder liefern?“

Antwort:

„Ja das kann ich Ihnen ganz genau sagen: neunhundertvierunddreißig Stück.“

3. Frage:

„Unsere Zeit weist relativ und respektive viele Arbeiterdichter auf, wie steht es mit den Arbeiterdichterinnen? Wird das in Zukunft so bleiben oder glauben Sie an eine Abnahme oder an eine neue, gewaltige Welle in vielleicht zweihundert oder dreihundert Jahren im Anschluß einer epochemachenden Erfindung? Oder vielleicht gar Umwälzung?“

Antwort:

„Ja, wie steht es mit den Arbeiterdichterinnen relativ, beziehentlich, resepektive? Mit den Arbeiterdichtern bleibt es vorläufig so. Zu dieser Frage werde ich mich in zweihundert, beziehungsweise dreihundert Jahren noch einmal äußern.“

4. Frage:

„Weshalb dichtet der Arbeiter hauptsächlich und wählt die Darstellung in Versen? Kann er nicht anders oder will er nicht anders?“

Antwort:

„Er dichtet zum Zeitvertreib und wählt meistens die Darstellung in Versen, weil er einfach nicht anders will, der Faulenzer!“

5. Frage:

„Verfaßten Sie früher Gedichte bei der Arbeit? Notierten Sie sich Wendungen, Gedanken, Ideen auf einige Fetzen Papier, welche Sie bei sich trugen, respektive neben sich liegen hatten? Oder arbeiteten Sie nach Feierabend oder Sonntags ausschließlich?“

Antwort:

„Nein, ich verfaßte keine Gedichte bei der Arbeit, weil das der Vorarbeiter nicht erlaubt hätte. Papier hatten wir alle bei uns, wenn wir einen bestimmten Ort aufsuchten, aber ich glaube kaum, daß sich einer von uns darauf bestimmte Wendungen, Gedanken oder Ideen notierte. Ich arbeitete jeden Sonntag von halb zwei Uhr bis dreiviertel drei Uhr. In diesen Fünfviertelstunden mußte ein Gedicht fertig sein!“

6. Frage:

„Für welchen Teil der Klasse, beziehungsweise Volkes dichteten Sie? Schrieben Sie für es? Oder nur für einen kleinen Teil?“

Antwort:

„Am liebsten dichtete ich für „es“, Herr Zumpel, aber „es“ gibt es ja noch gar nicht, „es“ will ja erst „es“ werden!“

In dieser Art sandte ich Herrn Zumpel die Antwort auf zwanzig Fragen nach dem Spessart. Er bedankte sich schön, nahm alles für Ernst und will mir nun recht bald seine „Studie“ schicken. Darauf bin ich sehr neugierig. Das Buch von Herrn Zumpel müssen auch Sie lesen. Es wird Aufsehen erregen und Klarheit über die Arbeiterdichtung verschaffen!

Freigewerkschaftliche Rundschau

Bezirksgeneralversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Imposanter Verlauf — Tätigkeits- und Verwaltungsbericht — Entschließung

Die vorgestrige Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes für den Verwaltungsbezirk Polnisch-Oberschlesiens hatte in allen Angelegenheiten und Entschließungen einen seltenen günstigen Verlauf zu verzeichnen. Aus den verschiedenen Berichten kann entnommen werden, daß es trotz aller Erschwernisse und Bedrängungen, die dem Deutschen Metallarbeiterverband von verschiedenen Seiten gemacht werden, vorwärts geht. Und das dem so ist, liegt zum allergrößten Teil daran, daß den Mitgliedern Vergünstigungen aller Art gewährt werden, die die anderen Gewerkschaften zum größten Teil nicht kennen oder noch nicht zur Einführung gebracht haben. Die Mitglieder haben Vertrauen zum Verbande und helfen am Ausbau rege mit, was insbesondere in der Werbung neuer Mitglieder zu Tage tritt. Phantomen nachjagen ist nicht das Ziel des Deutschen Metallarbeiterverbandes, man stellt sich immer den reallen Tatsachen entgegen, was auch immer seine Richtigkeit bewiesen hat. Darum soll auch auf den Erfolgen nicht ausgeruht und immer wieder zu neuen Taten geschritten werden.

Gerade jetzt erfordert es die Zeit, wo den verschiedenen Anstürmen seitens des Kapitals entgegengetreten werden muß, um eine geschlossene Front der Arbeiterklasse zu errichten. Die noch wenig verbliebenen Errungenschaften müssen verteidigt werden und dieses kann nur durch starke Gewerkschaften geschehen, denn nur Geschlossenheit und Enigkeit können alle schlechten Pläne abwenden, die man zur Anwendung gegen die Arbeiterklasse bringen will. Mögen sich dessen hauptsächlich die Unorganisierten bewußt sein und zur Einigkeit der arbeitenden Klasse beitragen, bevor es zu spät wird.

Der Versammlungsverlauf

Um 10 Uhr vormittags eröffnet Kollege **Buchwald** mit einer Begrüßung die zahlreich Erschienenen und begrüßt insbesondere den Bezirksleiter **Meisner** und Bezirkssekretär **Nowak** aus Deutsch-Oberschlesien. Als Versammlungsleiter wurde Kollege **Dittmer** Kattowitz gewählt, ferner in die Mandatsprüfungskommission die Kollegen **Sowa, Kandorek** und **Kroll**. Kollege **Nowak** und **Meisner** überbringen die besten Grüße der Bezirksleitung des A. D. G. B. in Deutsch-Oberschlesien und wünschen der Versammlung einen guten Erfolg.

Nach Verlesen der Tagesordnung ergriff Kollege **Buchwald** das Wort zur Erstattung der Tätigkeitsberichte. Aus dem 2½stündigen Bericht ist zu entnehmen, daß die Lage der Organisation wesentlich von der Lage der Gesamtwirtschaft in der Industrie in Polnisch-Oberschlesien abhängig war. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und Grundlagen waren nicht so gestellt, daß für die Organisationen besondere Vorteile entstehen konnten. Anfang des Berichtsjahres war die Fortsetzung der bereits im Jahre 1929 begonnenen Wirtschaftskrise merklich zu spüren. Diese steigerte sich von Monat zu Monat, so daß wir am Ende des Berichtsjahres von einer katastrophalen Lage der gesamten Industrie und auf dem Arbeitsmarkt sprechen können. Die Lage der Organisation kann am besten aus den Kassenverhältnissen ersehen werden, wo sich die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter widerspiegelt. Die ausgezahlten Unterstützungen sind die besten Gradmesser für die Notlage, in der sich die Arbeiterschaft befindet und in diesem Falle an den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes gemessen werden kann.

Betriebsräte und Gewerkschaften

Im vergangenem Jahr hat sich neben der Arbeit der Gewerkschaften auch die Tätigkeit der Betriebsräte gesteigert. Die Arbeit bestand nicht nur in Lohnforderungen, Verbesserungen der Arbeitsmethoden oder der sozialen Lage, sondern war ausschließlich der Erhaltung der sozialen eroberten besseren Lebensgestaltung des Arbeiters. Ganz besonders wurde der Kampf um den Einfluß der Betriebsräte und Gewerkschaften geführt, den sie durch das Betriebsrätegesetz und die verschiedenen Verordnungen erreicht haben. Ebenso war die Arbeit der Betriebsräte bei den ständigen Entlassungen, Kurzarbeit, Konferenzen und Verhandlungen eine anstrengende. Einen besonderen Kampf haben die Betriebsräte mit den Gewerkschaften und insbesondere unsere Organisation in bezug auf die Auslegung des Betriebsrätegesetzes zu bestehen gehabt. Besondere Schwierigkeiten brachten die Auflösung der gewählten Betriebsvertretung auf den Giesche-, Deutschland- und Valeskagruben, zu denen sich die Auflösung des Betriebsrates in der Königshütte gesellte. Nachdem der Referent noch das Verhältnis unserseits zur Arbeitsgemeinschaft und den anderen Organisationen schildert, behandelt er die unterschiedlichen Löhne in den verschiedenen Industrien und kommt auf die sozialpolitische Seite zu sprechen. Laut statistischer Umfrage kamen bei 15 Werken der Schwerindustrie und der weiterverarbeitenden mit einer Gesamtbelegschaft von 22 927 Personen, im verflossenen Jahre 2665 Mann zur Entlassung. Hierbei sind die Unternehmerarbeiter nicht einbegriffen. Zur Entlassung stehen noch für das laufende Jahr 1769 Arbeiter. (Schöne Aussichten.) Von insgesamt 138 Betriebsräten entfallen auf den Deutschen Metallarbeiterverband 36 Betriebsräte, andere freien Gewerkschaften 1, polnische Berufsvereinigung 36, polnischer Zentralverband 25, Generalna Federacja 17, Christliche Gewerkschaften 10, Hirsch-Duncker 4, polnische christliche Gewerkschaften 5, Unorganisierte 4. Im gesamten Bezirk wurden im vergangenem Jahr abgehalten: Ortsverwaltungssitzungen 10, Mitgliederversammlungen 58, Vertrauensmännerzusammenkünfte 13, Jugendversammlungen 10. Referent ermahnt die Delegierten in der Agitation nicht zu erlahmen und zum weiteren Ausbau der Organisation beizutragen.

Anwesend waren 67 Delegierte und verschiedene Gäste. Den Kassenbericht gibt Kollege **Kuzella** und bemerkt, daß sich seit der letzten Generalversammlung die Lage der Organisation auf die vielen Auszahlungen hin, verschlechtert hat. Unterstützungsauszahlungen haben noch nie gekannte Höhen erreicht, beweisen aber damit die Leistungsfähigkeit des Deutschen Metallarbeiterverbandes. So wurden im vergangenen Jahre Arbeitslosenunterstützungen 52 734 70 Zloty zur Auszahlung gebracht, ferner wurden 17 183,90 Zloty Krankengeld ausgezahlt, Unterstützungen an Kurzarbeiter im Monat Dezember 1712 Zloty, Weihnachtsunterstüung an 148 bedürftige Kollegen 1260 Zloty. Rechtsschutz und Schriftstücke wurden 208 gewährt bezw. angefertigt. Die Zahl der Arbeitslosen steigerte sich von Monat zu Monat und schnellte von 72 im Monat Januar auf 303 im Monat Dezember herauf Kurzarbeiter waren 212 vorhanden. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken betrug 105 613. Aus der Lokalkasse wurden 39 760,92 Zloty verausgabt, die Einnahmen der Hauptkasse betrugen 101 242,17 Zloty. Neue Mitglieder wurden einige hundert aufgenommen. Nach Auszahlung von Unterstützungen in besonderen Notfällen in Höhe von 1268 Zloty und Sterbegeld in Höhe von 1224 Zloty, sowie den Kosten für Rechtsschutzerteilung im Betrage von 1361,80 Zloty, Beiträge an der Ortsausschuß von 2378,20 Zloty, betrugen die Gesamtausgaben 76 151,10 Zloty. Eine besondere Belastung für den Verband bedeutet die unrechtmäßige Erhebung von Zollgebühren, die annähernd 1000 Zloty betragen Trotzdem nach dem Genfer Abkommen gewerkschaftliches papierenes Material wie Zeitungen usw. zollfrei sind, heben die Zollämter Gebühren ab und die diese enorme Höhe von 1000 Zloty erreicht haben. Dementsprechende Beschwerden wurden bereits an maßgebender Stelle eingeleitet.

Kollege **Kowalczyk** berichtet über die Jugendbewegung und schildert, wie es unter den heutigen Verhältnissen schwer ist, die Jugend zu erfassen. Die Jugend hat im letzten Jahre abgehalten; 23 Versammlungen, 10 Vortragsabende, 24 Lehrabende, 9 Besichtigungen, 1 Bezirkstreffen, 1 Antikriegskundgebung, ferner wurden eine ganze Anzahl Unterhaltungsabende veranstaltet, Spielabende, Feierstunden aus verschiedenen Anlässen innerhalb der Jugendbewegung usw. Der Jugendleiter ersucht die Jugendbewegung mehr zu fördern und ihr Hilfe angedeihen zu lassen, damit sie einmal das Erbe der alten Kollegen übernehmen kann.

Kollege **Kania** berichtet über die abgehaltene Revision der Kasse und hat alles für richtig befunden. Er beantragt Entlastung, die einstimmig gewährt wird. Nach Einsetzung von einer Pause von 10 Minuten, erfolgt die Aussprache zu den Berichten, an der sich 25 Delegierte beteiligten. Es schlagen vor: **Schweda** Abhaltung eines Betriebsrätekongresses, **Jauernik** begründet den Antrag der Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs für den Kreis Kattowitz. **Schneider** begründet die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge für die Unterkassierer und Gewährung einer einmaligen Unterstützung an die Kurzarbeiter, **Forek** verlangt mehr Unterstützung für die Kulturbestrebungen, **Krotki** beantragt dahin vorstellig zu werden, daß die Wahl von Beisitzern in die Sozialversicherungen erfolgt und Kandidaten seitens der freien Gewerkschaften berücksichtigt werden, **Kroll** wünscht in allen Beziehungen eine bessere Betreuung der einzelnen ländlichen Ortschaften, **Korzeniowski** fordert Erweiterung der Agitation den ländlichen Gebieten zwecks Mitgliederwerbung, Kollege **Nowak** und **Meisner** machen hierzu verschiedene Ergänzungen und Richtigstellungen, **Kowalczyk** warnt vor dem Sparsystem bei Arbeiterbildungsbestrebungen, **Sliwa** ersucht um die Aufnahme der Kleinarbeit, **Sowa** spricht sich gegen die Anstellung eines Sekretärs aus, **Kuzmirszyk** wünscht mehr Unterstützung seitens der Angestellten, **Kania** tritt für einen Verbesserungsantrag ein. Im Schlußwort macht Kollege **Buchwald** Richtigstellungen, gibt Aufklärungen, womit sich die Versammelten zufrieden gaben.

Auf Antrag des Kollegen **Mazurek** wird die bisherige Bezirksleitung einstimmig wiedergewählt. Für den Kollegen **Swiwok** tritt Kollege **Jauernig** ein. Die erweiterte Bezirksleitung verbleibt gleichfalls in der alten Besetzung. Sämtliche gestellten Anträge wurden der Bezirksleitung zur Erledigung bezw. überwiesen. Unter Verschiedenes wurden Arbeitslosenfragen, und interne Verbandsangelegenheiten behandelt. Zum Schluß wurde folgende **Entschließung** einstimmig angenommen:

Arbeits- und Lohnverhältnisse

Die Delegierten-Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes stellt fest, daß die wirtschaftliche Erschütterung des Oberschlesischen Proletariats von Jahr zu Jahr sich immer stärker auswirkt. Die geringe **Belebung des Baumarktes** durch die innenpolitischen Organe vermögen nicht das Getriebe der Wirtschaft anzukurbeln. Ene volle Wiederbelebung der Wirtschaft kann nur durch eine planmäßige Behebung erzielt werden.

1. In der Beschaffung eines Wirtschaftsplanes der den planmäßigen Ausbau des Landes vornimmt, damit andere Wirtschaftszweige wertvoller erschlossen werden.

2. Völlige **Sparmöglichkeit im Haushalt** sowie gewisse Einschränkung einiger Positionen auch wie Umlegung von Krediten können in Verbindung mit Punkt 1 wertvoll die Gestaltung der Wirtschaft beeinflussen.

3. Eine weitere Veränderung der Arbeitszeit nach den Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftsbundes sowie der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, welche auf weitere **Kürzung der Arbeitszeit bis auf 6 Stunden den Tag** hinweisen. Würde die **Stärkung der Kaufkraft** durch Wiedereinführung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß über das Maß der Wesentlichkeit hinaus stärken, und damit eine Destante in der Wirtschaft schaffen.

4. Eine bessere Wirtschafts-Führung im Zeitpunkt der höchsten modernen Entwicklung sowie der damit verbundenen Nationalisierung ist die Steigerung der Kaufkraft durch die breite Volksschicht eine unumgängliche Notwendigkeit. Diese kann nur durch **eine weitere Steigerung der Verdienste** im Verhältnis zu der gesteigerten Produktion erreicht werden.

Wir sehen aus der Durchführung der oberen Punkte den einzigen Ausweg für die Beseitigung der heutigen Krise.

Betriebsräte

Die Delegiertentagung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes fordert eine umgehende Aenderung im Betriebsrätegesetz vorzunehmen, welche den Betriebsräten Ermöglichkeit der Mitanstimmung durch weitgehende Einsicht in den Wirtschaftsgang des einzelnen Unternehmers zu erweitern und zwar:

1. Schaffung von Ausführungsbestimmungen zu der Entsendung des Betriebsrates zum Aufsichtsrat.

2. Schaffung von Ausführungsbestimmungen die den Arbeitgeber verpflichten dem Betriebsrat Bilanzen vorzulegen.

3. Zur Schaffung einer geschlossenen Organisation für die Betriebsräte ist die Ausführungsbestimmung zu Schaffung eines Gesamtbetriebsrates notwendig.

Obere Punkte werden im Zeichen der Zeit als Mindestforderungen angesehen.

Arbeitsgerichtsbarkeit

Die Delegiertentagung hält die heutige Arbeitsgerichtsbarkeit als nicht zeitentsprechend.

1. Das bisherige Schlichtungssystem ist in Fragen bei Entlassung von Arbeitern nach dem § 87 des Betriebsrätegesetz als ungenügend zu betrachten. Bei Verurteilung des Arbeitgebers Schaffung anderer Instanzen, die die Arbeiter anrufen können. Bei Rückweisung des Arbeitnehmers hat dieser keine Möglichkeit der Nachprüfung des Urteils. Die Errichtung einer Berufungsinstanz ist notwendig.

2. Die Gewerbegerichte sind als Rechtsinstanzen schon besser praktisch, besser durchgearbeitet, es fehlt jedoch hier die Aenderung der Berufungsgrenze, indem sie nach oben zu erweitern ist.

3. Durch Verhandlungen von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis wie Betriebsrätegesetz ist es notwendig ein einheitliches Rechtsverfahren durch Schaffung einer Gerichtsbehörde anzustreben.

4. Ausschreibung der Wahlen zu den Sozialversicherungen ist eine dringende Notwendigkeit.

M.

Unternehmertum u. Arbeitsverkürzung

Als **kürzlich in Deutschland ein Großunternehmen im Interesse der Verminderung der Arbeitslosigkeit** zur Kürzung der Arbeitszeit überging (wodurch die Zahl der beschäftigten Arbeiter um ca. ⅓ vergrößert wurde), wurden die Leiter dieses Konzerns von hervorragenden Unternehmervertretern in Acht und Bann erklärt, ja es erfolgte sogar die Anregung, daß solche Leute in Schutzhaft genommen werden sollten. Anders in Amerika! Dort gibt es — gerade im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise — immer mehr Unternehmer, die einer Arbeitszeitverkürzung das Wort reden. Sie tun es nicht, um arbeiterfreundlich zu erscheinen, sondern — aus Selbsterhaltungstrieb! Im offiziellen Protokoll über den letzten Kongreß des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes heißt es in diesem Zusammenhang:

„Die bewundernswerte Umgestaltung der industriellen Produktionsprozesse und die dauernd wachsende Produktionskapazität haben bereits einen bedeutenden Einfluß auf die Haltung einer großen Zahl von Finanzleuten, Unternehmern und Kapitalisten in der Arbeitszeitfrage ausgeübt. Sei einiger Zeit sprechen sich eine ganze Anzahl bedeutender Wortführer dieser Gruppen für die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit aus, nicht so sehr in Berücksichtigung der Interessen der Lohnarbeiter als vielmehr im Interesse der Stabilisierung von Industrie und Handel."



Der neue Präsident der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte

ist der bisherige Abteilungsdirigent im Reichsarbeitsministerium, Ministerialrat Grießmeyer, der die Personal-, Haushalts- und Organisationsabteilung leitete und außerdem das gesamte Kriegsversorgungswesen überwachte.

Achtstundentag und Fünfstundentag in den U. S. A.

Trotzdem sich die amerikanische Arbeiterpresse und die meisten Gewerkschaftsführer in Wort und Schrift energisch für die Fünftagewoche einsetzen und obwohl dem im letzten Herbst abgehaltenen Kongreß des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (A. F. of L.) in der Arbeitszeitfrage eine sehr weitgehende Resolution eines wichtigen Berufes vorlag, hat sich der genannte Kongreß nicht eindeutig für eine bestimmte Zahl von Arbeitstagen oder Arbeitsstunden ausgesprochen. Wohl führte die Arbeitszeitkommission in ihrem Bericht an den Kongreß die genannte Resolution auf, ferner wies sie energisch auf den Widerspruch zwischen Produktionskapazität und Absatz hin, ihr Bericht schloß jedoch mit den folgenden Worten: „Das Komitee empfiehlt, die Resolution und den Bericht der Exekutive zu überweisen und sie aufzufordern, die Frage sofort und gründlich zu prüfen, alles mit dem Problem zusammenhängende statistische Material zu sammeln und in ihrem Bericht an den nächsten Kongreß ihre Schlüsse zu unterbreiten. Dieser Bericht soll auch eine Empfehlung in bezug auf die Länge der Arbeitswoche und des Arbeitstages enthalten, für welche sich die amerikanische Gewerkschaftsbewegung in Zukunft mit aller Energie einsetzen soll."

Aus den zu dieser Frage gemachten Ausführungen von Kongreßdelegierten sowie der Kongreßleitung geht hervor, daß die A. F. of L. in bezug auf die genauen Folgen der Nationalisierung und Technisierung noch nicht völlig einwandfreies und wissenschaftlich geprüftes Material besitzt. Deshalb wollte sich der Kongreß — abgesehen von der prinzipiellen Forderung auf Arbeitszeitverkürzung — vor der Beschaffung dieses Materials nicht auf eine ganz bestimmte Zahl von Tagen oder Stunden festlegen.

Die seit dem Kongreß der A. F. of L. gewaltig gestiegene Arbeitslosigkeit hat inzwischen die Skrupel über die absolute Genauigkeit des vorhandenen Materials beiseite geschoben. Es ertönt in den U. S. A. nur noch ein Ruf: Fünftagewoche!

Dieses Wort ist aber auch in den Vereinigten Staaten vorläufig in erster Linie ein Losungswort der Vorhut der Arbeiterschaft. Nebenher geht auch heute noch eine Kampagne, die sich mit dem Achtstundentag zu befassen hat. Dieser Umstand mag u. a. dazu beigetragen haben, daß die Exekutive der A. F. of L. bei der Festlegung ihres offiziellen Standpunktes nicht allzuweit gehen

wollte. Tatsache ist schließlich, daß dem Kongreß nicht nur eine Resolution zugunsten des Fünfstundentages vorlag, sondern daß er sich daneben mit nicht weniger als drei Resolutionen zu befassen hatte, die den Achtstundentag und die 48-Stunden-Woche betrafen. Von diesen Beschlüssen ist besonders der dritte wichtig, in dem die Führung der A. F. of L. eingeladen werden, „sich mit den Organisationen jener Staaten, in denen die 48-Stunden-Woche für die Textilindustrie noch nicht eingeführt ist, in Verbindung zu setzen und die Führer und Mitglieder dieser Organisation aufzufordern, sofort eine Bewegung zugunsten der 48-Stunden-Woche einzuleiten."

Der weitestgehende Antrag, d. h. die Resolution über den Fünfstundentag, kommt aus den Kreisen einer anderen wichtigen Industrie: sie wurde von der Metallarbeitersektion der A. F. of L. vorgeschlagen. Der Metallarbeiterverband hatte sich eingehend mit dieser Frage befaßt und sich auf einem unmittelbar von der Tagung der A. F. of L. abgehaltenen Verbandstag einstimmig für den Fünfstundentag ausgesprochen, und zwar in dem Sinne, „daß in Industrien, wo dies im Hinblick auf einen kontinuierlichen oder teilweise kontinuierlichen Betrieb oder im Hinblick auf eine durch die Nachfrage begründete zeitweise erhöhte Produktion nötig ist, in zwei oder mehr 5-Stunden-Schichten gearbeitet werden soll". In diesem Sinne fordert die Resolution den Kongreß auf, „sich für die Gestaltung der Arbeitszeit auf Grundlage des fünfstündigen Arbeitstages auszusprechen und die nötigen Schritte zu unternehmen, um seine Einführung baldmöglichst zu bewirken".

Um das Bild zu vervollständigen, sei beigefügt, daß in den U. S. A. die Fünftagewoche für insgesamt 532 000 Arbeiter Geltung hat. Was die Verteilung über die verschiedenen Berufe betrifft, so steht das Baugewerbe mit 420 000 oder 78% im Vordergrund. Auf das Bekleidungsgewerbe entfallen 71 000 oder 16%. Die einzelnen Berufe der wichtigsten Gruppen weisen folgende Ziffern auf: Holzarbeiter 114 000, Maurer 45 000, Stukkateure 27 000, Klempner 39 000, Maler 72 000, Elektriker 41 000, Frauenbekleidungsarbeiter 53 000, Pelzarbeiter 12 000.

Bekämpfung der Grippe

Gegen alle Seuchen vermag der gesundheitlich überwachte Staat anzukämpfen, so daß wir mit einer Volksseuche, die Menschen über Menschen hinrafft, überhaupt nicht mehr zu rechnen brauchen. Nur die Grippe-Epidemie läßt sich im allgemeinen durch Bekämpfungsmaßnahmen nicht an der Ausbreitung behindern. Kein Gesundheitsamt kann hier durch Verabfolgung von Mitteln helfen. Nur die Vorsicht des einzelnen Individuums und die Rücksicht, die der Mensch auf seinen Mitmenschen nimmt, können dieser Erkrankung vorbeugen.

In Zeiten, in denen feuchtes, nieselndes Wetter den „Winter" nur markiert, tritt die Grippe auf. Niemand weiß den Erreger bisher zu nennen: niemand vermag mit Sicherheit zu sagen, warum die Grippe hier leicht, dort schwer und tödlich verläuft. Aber man nimmt als sicher an, daß der Erreger in leichten wie schweren Fällen der gleiche ist, und es ist festgestellt, daß die Grippe im Verlaufe weniger Wochen über den ganzen Erdball wandert und dann wieder für lange Zeit verschwindet, nachdem sie die Empfänglichen angesteckt hat, während die Unempfänglichen diesmal gesund blieben; denn es ist zu anderen Zeiten seltsamerweise auch bei diesen anscheinend Unempfindlichen eine schwere Grippe beobachtet worden. Es gibt also keine Dauerimmunität gegen Grippe. Jeder kann davon betroffen werden, und darum hat jeder die Verpflichtung, sich in Zeiten der grassierenden Grippe vor kleinen Erkältungen zu schützen und, wenn ihm das nicht gelungen ist, die geringste Infektion zu beobachten. Sobald Schnupfen oder Husten sich einstellen, soll man desinfizierende Mittel wie Wasserstoffsuperoxyd, einen Teelöffel auf ein Glas Wasser, zum Gurgeln benutzen, um die Infektion der Rachen- und Luftwege zu verhüten. Man kann auch einem Schnupfen sehr schnell vorbeugen, wenn man beim beginnenden Niesen ein halbes Glas Wasser mit Jod trinkt, und zwar in folgender Lösung: ein Tropfen gewöhnliche Jodtinktur wird auf ein Viertelliter Wasser getan — das entspricht ungefähr einem durchschnittlichen Trinkglas — und davon trinkt man dann die Hälfte. Natürlich darf der Schnupfen nicht bereits „blühen"; er muß sich gerade durch erstes Niesen schüchtern ankündigen. Besonders möchte ich betonen, daß Kreuzschmerzen, Gliederschmerzen, Kopf- und Augenschmerzen, die sonst häufig als Vorboten einer Erkrankung gewertet werden, in unserem Falle bereits die Erkrankung selbst sind.

Typisch ist es gerade, daß die Grippe oft nur drei Tage dauert. Sie beginnt mit Frieren, resp. Schüttelfrost, zeigt am zweiten Tage hohes Fieber und Fieberabfall; am dritten Tage ist fast völlige Gesundung und Arbeitsfähigkeit vorhanden. Leider kommen aber durch Nichtbeachtung dieses Zustandes — der



Die Erfahrung des Alters

„Das ist noch gar nichts! Da hättest du erst mal den Schneesturm vom Jahre 1930 mitmachen sollen!" (Life.)

Patient legt sich weder ins Bett, noch holt er einen Arzt — Verschlechterungen vor, die innerhalb kurzer Zeit schlimmste Folgen zeitigen. Kehlkopf und Atmungsorgane werden stark angegriffen, oder aber Magen und Darm sind beteiligt; Uebelkeit, Erbrechen, Durchfälle und heftige Leibschmerzen kommen neben heftigen Muskelschmerzen vor. Die Kranken wissen gar nicht, wie sie liegen sollen, so lebhafte Schmerzen haben sie im Kreuz, Oberarm, Knie, ja selbst häufig in den Augen. Oft versäumen sie auch dann noch, den Arzt zu holen. Da gerade die Grippe viele unvorhergesehene Komplikationen hervorrufen kann, ist es die erste Pflicht der Pflegenden, durch ärztliche Untersuchung diese Komplikationen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Selbstverständlich ist es der beste Schutz gegen jede Erkältung, daß man sich der Jahreszeit entsprechend anzieht. Es ist eine Unsitte, die sich in den letzten Jahren eingebürgert hat, daß besonders die Frauen im Sommer und im Winter die gleiche leichte Unterkleidung tragen. Dünne seidene oder Florstrümpfe begünstigen Erkältungen. Es sollten zum mindesten wollene Unterziehstrümpfe getragen werden. Wer keine Wolle am Körper vertragen kann, der sollte wenigstens zwei Paar dünne Strümpfe übereinanderziehen. Wir müssen den verschiedenen Anforderungen der Wärmeregulierung unseres Körpers Rechnung tragen, wenn wir uns gesund erhalten wollen.

Hat man die schweren oder leichteren Grippeerkrankungen überwunden, dann ist zu beachten, daß man nicht zu früh aufsteht und sich in jeder Beziehung nach Lage der Verhältnisse eine größtmöglichste Schonung auferlegt. Es ist ja bekannt, daß selbst nach leichten Formen der Erkrankung es eine lange Zeit dauert, bis der Patient das Gefühl hat, wieder völlig gesund zu sein. Gerade die Nachbehandlung der Grippe ist ungeheuer wichtig. Der von Grippe Genesende bedarf in erhöhtem Maße der Ueberwachung durch den Arzt. Statistiken der Sozialversicherungen ergeben die beachtliche Tatsache, daß häufig die Arbeitsfähigkeit über Monate hinaus stark beeinträchtigt wird. Ein paar Tage der Schonung hätten vielleicht genügt, den Patienten wieder in den Vollbesitz seiner Leistungsfähigkeit zu bringen. Leider bringt es gerade die Not und Arbeitslosigkeit unserer Zeit mit sich, daß hier viel gesündigt wird. Nie war ja die Angst vor Verlust der Arbeitsmöglichkeit durch längeres Kranksein so groß als heute. Es wäre wichtig, wenn jeder sich über den ungeheuren Verlust an Volksgesundheit klar werden würde, der aus dieser Vernachlässigung der Rekonvaleszenz nach Grippe entsteht.

Was für die Erwachsenen und Beschäftigten trotz der Erkenntnis nicht immer durchzuführen ist, sollten besonders die Mütter beherzigen, wenn es sich um Kinder, gleichviel welchen Alters, handelt. Die haben noch die Zeit, sich so lange auszuruhen, bis der Organismus die Infektion völlig überwunden hat, und da sollte die Regel strikt durchgeführt werden, daß kein Kind das Bett verlassen darf, ehe es nicht drei Tage fieberfrei war. Ein Grippekeim, der sich im Organismus einnistet, ohne daß man ihn mit allen Waffen ärztlicher Kunst bekämpft, hinterläßt verheerende Spuren. In unserer Zeit der Volksaufklärung muß jeder, der die üblen Folgen kennt, von sich aus alles tun, um sich und damit auch die anderen vor dieser Volksgefahr zu schützen.

Dr. B.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Mittwoch. 12,10: Mittagskonzert. 15,35: Vorträge. 16,15: Kinderstunde. 16,45: Schallplatten. 17,15: Vortrag. 17,45: Volkstümliches Konzert. 18,45: Vorträge. 20,30: Abendkonzert. 23: Plauderei in französischer Sprache.

Warschau — Welle 1411,8

Mittwoch. 12,10: Mittagskonzert. 15,35: Vorträge. 16,15: Jugendstunde. 17,15: Vortrag. 17,45: Volkstümliches Konzert. 18,45: Vorträge. 20,30: Unterhaltungskonzert. 21,15: Abendkonzert.

Gleiwitz Welle 259. **Breslau Welle 325.**

11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse.
11,35: 1. Schallplattenkonzert und Reklamedienst.
12,35: Wetter.
12,55: Zeitzeichen.
13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13,50: Zweites Schallplattenkonzert.
15,20: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht. Börse, Presse.

Mittwoch, 18. Februar: 15.15: Kammermusik. 16,15: Das Buch des Tages. 16,30: Kammermusik. 17,05: Zweiter landw. Preisbericht; anschließend: Elternstunde. 17,40: Oberschlesien im neuen Osthilfeplan. 18: Berufsmöglichkeiten im Bergbau. 18,20: Kreuz und quer durch OS. 18,30: Wettervorhersage; anschließend: Abendmusik. 19,30: Wettervorhersage; anschließend: Grenzland Oberschlesien. 20: Heimat in Schlesien. (Hörspiel). 21: Abendberichte. 21,10: Symphonie. 22,10: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,20: Mitteilungen des Verbandes der Funkfreunde Schlesiens e. V. 22,25: Volkssport der Zukunft. 22,45: Funkrechtlicher Briefkasten. 23: Funkstille.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Vortragsfolge des Bundes für Arb.-Bildung in Schwientochlowitz.

7. Vortrag am 17. Februar 1931, Lehrer Boese: Tiere der Vorwelt.

Kattowitz. Am Dienstag, den 17. Februar, abends 7,30 Uhr, findet im Saale des Zentralhotels ein interessanter Vortrag statt. Referent: Gen. Kanner.

Königshütte. Am Mittwoch, den 18. Februar, abends 8 Uhr, Vortrag. Als Referent erscheint Herr Lehrer Lamosik.

Versammlungskalender

D. A. S. i. P.

Erweiterte Bundesvorstandssitzung am Donnerstag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im Zentral-Hotel, Kattowitz.

Kattowitz (Monatsplan der S. J. P.).

Dienstag, den 17. Februar 1931: Vortrag vom B. f. Arb.-Bildung im Saale.

Bergbauindustrieverband.

Kostuchna. Am Dienstag, den 17. Februar, nachm. ½5 Uhr, findet bei Weiß eine Mitgliederversammlung des D. M. V. und Bergbauindustrie-Verband statt. Referent: Kollege Buchwald.

Freie Sänger.

Königshütte. (Volkschor Vorwärts.) Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 2 Uhr, ist unsere Generalversammlung.

Freie Sportvereine.

Schwientochlowitz. (Naturfreunde.) Sonntag, den 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, findet im Vereinslokal Bialas die diesjährige Generalversammlung statt.

Verantwortlicher Redakteur in Vertretung: Max Bonzoll, Katowice, ul. Kościuszki 29; für den Inseratenteil: Franz Rohner, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ulica Kościuszki 29.



Das Ei des Kolumbus

war nicht überraschender als das Zugsieb der „Kompletta"-Kanne, deren Benutzung eine vollkommene Teebereitung ermöglicht und dadurch höchsten Teegenuß verbürgt. Aroma, Kraft u. Ergiebigkeit sind voll entwickelt. Die Teeblätter rationell ausgenützt!

Sie erhalten die „Kompletta"-Kanne gegen Einsendung leerer Umhüllungen von Tee Marke „Teekanne" im Netto-Teegewicht von 3 kg, dazugehörige Zuckerdose oder Sahnegießer oder Teetasse für Umhüllungen im Netto-Teegewicht von 1 kg, durch FIRMY „TEAPOT-COMPANY Ltd." WARSZAWA, OKOPOWA 21/23.

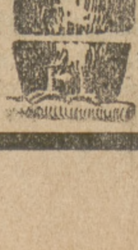
Verlangen Sie deshalb nur

TEEKANNE



Henko zum Einweichen der Wäsche!

Henko Henkel's Wasch- und Bleich-Soda. Seit Jahrzehnten bewährt!



Ohne Arbeit, ohne Müh',
Hast Du schon in aller Früh
Mit „Purus" in einem Nu
Blitze blanke reine Schuh'

„Purus"

chem. Industriewerke Kraków

KANOLD

SAHNENBONBONS

von unübertrefflicher Güte

Zu haben in Zuckerwaren-Handlungen

General-Vertreter Jgnacy Spira

Kraków, ul. Poselska Nr. 22

WERBE DRUCKE

die nicht das Wohlgefallen und die nötige Beachtung der Empfänger finden, verfehlen den gewollten Zweck und sind wertlos. Werbe- sowie Geschäftsdrucksachen, von uns zu wirkungsvollen und anziehenden Propagandamitteln gestaltet, helfen das Ansehen der auftraggebenden Firmen mehren. Wir sind bereit, mit Mustern und Vorschlägen zu dienen.

VITA NAKŁAD DRUKARSKI

KATOWICE, KOŚCIUSZKI 29 - TELEFON 2097

Werbet ständig neue Leser für den Volkswille!